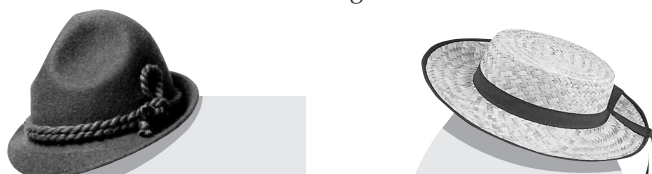


DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB



Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1.21

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Schwierig, schwierig! Als der Erste Mandantenbrief erschien, schien die Welt gesünder und die Justiz friedlicher. Heute ist die Welt erhitzt und der Justiz platzt der Kragen: Sowohl in Deutschland (Bundesverfassungsgericht) wie auch in den Niederlanden (Hague District Court) wird die Exekutive zum Handeln verurteilt. Kein besonders gutes Zeichen, wenn wir Juristen (!) die Welt retten müssen. Aber wie es auch kommt, wir stehen bereit...

Difficile, sempre più difficile! Quando è uscita la prima Lettera ai clienti, il mondo sembrava più sano e la giustizia più tranquilla. Oggi la terra è surriscaldata e la giustizia scoppia: sia in Germania (corte costituzionale) che nei Paesi Bassi (Corte distrettuale dell'Aia) l'esecutivo è stato condannato ad agire. Non è un buon segno se noi giuristi (!) siamo chiamati a salvare il mondo. Comunque, sia quel che sia, noi siamo pronti ...

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Deutschland/Ultime dalla Germania	
Deutsch werden mit Handschlag	2
Diventare tedesco con una stretta di mano	3
Neues aus Googleland/Ultime da Googlelandia	
Kommission: Amazon verstößt gegen Kartellrecht	4
Commissione: Amazon viola la legge antitrust	5
Gesellschaftsrecht/Diritto Tributario	
Keine Sozialarbeit für juristische Personen	6
Niente lavori sociali per persone giuridiche	7
Informationen für Kollegen/Informazioni per colleghi	
Anwaltliches Stalking	8
Stalking da parte degli avvocati	9
Familienrecht/Diritto di famiglia	
Einheitliches Kindergeld	10
Assegno unico universale	11
Neues aus Europa/Ultime dall'Europa	
Esperanto missing	10
Esperanto missing	11
Immobilienseite/pagina immobiliare	
110% für Renovierung	12
110% per ristrutturazioni	13
Geistiges Eigentum/Proprietà intellettuale	
007 trifft ins Schwarze!	14
L'agente 007 colpisce ancora!	15
Kollektivklagen/Azioni collettive	
Dieselgate und kein Ende	16
Dieselgate senza fine	16



Ein ausgeglichenes Paar: Ostdeutsche Anwältin, Süditalienischer Anwalt (siehe Informationen für Kollegen, Seite 8)

Una copia equilibrata, Avvocata dalla Germania dell'est, Avvocato meridionale (vedi Informazioni per colleghi, pag. 9)

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Deutsch werden mit Handschlag

Es ist nicht einfach, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der Einbürgerungstest enthält Fragen, die über 90 % der Deutschen nicht beantworten könnten („Wo hat Hoffmann von Fallersleben das Deutschlandlied geschrieben?“). Respekt daher für alle, die die Prüfung bestehen.

Diesen Respekt hat leider ein libanesischer Radiologe, der in Deutschland Medizin studiert, seine Fachausbildung abgeleistet hat und seit über 20 Jahren in Deutschland lebt, völlig verwirrt. Er hatte die Prüfung bestanden und alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt und fand sich im Landratsamt bei der kleinen Zeremonie ein, bei der feierlich die Urkunde übergeben wird. Schlusspunkt der Feier und damit der Einbürgerung ist ein beglückwünschendes Händeschütteln des Einbürgerungsbeamten und die gleichzeitige Überreichung der Urkunde.

Für den Arzt überraschend kann kein Beamter, sondern eine Beamtin auf ihn zu. Aus angeblich religiösen Gründen verweigerte er den Handschlag; die Frau habe – so wird er später im Verwaltungsverfahren vortragen – ein anderes Geschlecht und damit per se eine dem Mann drohende Gefahr sexueller Versuchung, bzw. unmoralischen Handelns, der er nicht unterliegen möchte.

Der Beamtin ist stellvertretend für alle normal denkenden Menschen die Füße dafür zu küssen, dass sie geistesgegenwärtig die Urkunde zurückgezogen hat. Das Verfahren für die Einbürgerung wurde dadurch nicht abgeschlossen.

Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim musste sich dann mit der Klage auf Einbürgerung des Radiologen beschäftigen und hat mit Urteil vom 20. 8. 2020 (12 S 629/19) u.a. sehr ausführlich zum Handschlag in der deutschen Gesellschaft als „nonver-

bale Begrüßungs-/Abschiedsritual“ ausgeführt – aber natürlich auch zum herabwürdigenden Rollenbild der Frau in der Gesinnung des Antragstellers – und die Klage abgewiesen.

Da kann man nur den Richtern gratulieren und denken „hui, das war knapp“.



NEUES AUS ITALIEN

Whistleblower-Portal vom italienischen Justizministerium eröffnet

Unter <https://whistleblowing.giustizia.it> können jetzt alle Beamten der Ministerien, Arbeitnehmer von Zulieferbetrieben und sonstige Dritte, die Unregelmäßigkeiten zum Nachteil der Verwaltung melden können, etwa im Bereich Bestechungen oder Vorteilsannahmen, Unregelmäßigkeiten diese anzeigen. Die vom Ministerium eingeführten Schutzvorrichtungen sind besonders hoch, eine Rückverfolgung an den Anmelder sollen nicht möglich sein. Die Anzeiger erhalten auch einen Code, mit dem sie den Status Ihrer Anzeige nachverfolgen können (Quelle: Italia Oggi, vom 10.12.2020).

Neuer Anlauf für eine Justizreform

Mit dem ehrgeizigen Ziel, die durchschnittliche biblische Prozessdauer in Italien um 40 % zu kürzen, wird zurzeit über einen neuen Anlauf zur Reform des italienischen Zivilprozesses entschieden (Riforma Cartabia). Das ordentliche Verfahren soll sich der deutschen Rechtspraxis angleichen, in dem die Klageschrift schon schlüssig mit allen Angriffsmitteln und Beweisangeboten eingereicht werden soll, gleiches gilt für die Klageerwidlung, sodass späteres Vorbringen ausgeschlossen werden kann und der Richter – das wäre in Italien revolutionär – bereits nach der 1. mündlichen Verhandlung entscheiden könnte.

Entsprechend dem deutschen Vorbild soll im Falle der Säumnis – wenn sich der Beklagte also nicht verteidigt – der Vortrag des Klägers als zugestanden gelten. Die obligatorische Mediation vor Klageeinreichungen wird auf viele Rechtsgebiete erstreckt, so auf den Werkvertrag, Franchising, das Recht der Personengesellschaften, etc. Auch die besonderen Verfahrensarten im Arbeits- und Familienrecht sollen vereinfacht werden.

Die Strafjustiz ist auch reformbedürftig. 9 % der verfolgten Straftaten verjähren im Verlauf des Verfahrens.

PRAKTISCHE UND LOHNENDE HINWEISE FÜR JEDERMANN, DIE DANKBARKEIT ERZEUGEN

Italienische Strafzettel, die via Post eingehen, sind irrelevant

Wer ist nicht schon durch italienische Innenstädte gefahren und wurde dabei von der örtlichen Verwaltung gefilmt oder fotografiert? Wer kann von sich selbst behaupten, er habe deshalb noch keine Strafzettel von privaten Gesellschaften erhalten, die abenteuerliche Namen führen wie European Municipality Outsourcing, ein Unternehmen der Nivi s.r.l.? Dem sei jetzt berichtet, dass der Kassationshof durch Entscheidung vom 3. November 2020 (Nummer 2866) einer Beschwerde

eines deutschen Autofahrers gegen einen solchen Strafzettel abgeholfen hat. Dabei stand außer Streit, dass die Ordnungswidrigkeit begangen wurde; zum Vorteil des deutschen Autofahrers musste der Kassationshof aber berücksichtigen, dass der deutsche Staat der Vereinbarung zur Zustellung von Verwaltungsakten auf dem Postwege nie beigetreten ist. Daraus ergibt sich die für Verkehrssünder praktische Folge, dass eingehende Korrespondenz der Unternehmen, die von italienischen Gemeinden mit dem Forderungseinzug beauftragt werden, direkt der Endablage zugeführt werden können.

WIR FEIERN UNS SELBST

50 Ausgaben Mandantenbrief decken das gesamte 3. Jahrtausend ab.

Welcher Jurist hat uns in diesem Jahrtausend am meisten beeindruckt? Der Student Max Schrems.

Ansonsten danken wir allen, die unserem Aufruf gefolgt sind und uns sehr liebe Zeilen zur Aufmunterung haben zukommen lassen. Die meisten Leser sind Rechtsanwältinnen, die sich vielleicht zurecht wundern, dass sie auf dem Verteiler stehen.

Stellvertretend für alle zitieren wir aber stolz die Zuschrift einer Germa-

nistin. Wir nennen keine Namen; wer im deutsch-italienischen Kulturleben unterwegs ist, kennt sie. Mehr wird nicht verraten:

„...endlich habe ich Euren Mandantenbrief 2/20 gelesen, und es war mal wieder ein Fest, gelehrt, instruktiv und wie immer urkomisch, angefangen von der MS Caligula auf dem Cover... Diese Mischung aus sehr seriös und sehr witzig macht Euren Mandantenbrief einmalig.“

Das geht runter wie kalt gepresstes Olivenöl...

Vielen Dank!

ULTIME DALLA GERMANIA

Diventare tedesco con una stretta di mano

Non è facile diventare un cittadino tedesco. Il test di naturalizzazione contiene domande alle quali più del 90% dei tedeschi non sarebbe in grado di rispondere ("Dove ha scritto Hoffmann von Fallersleben l'inno tedesco?"). Meritano rispetto pertanto tutti quelli che superano il test.

Nessun rispetto invece per un radiologo libanese che aveva studiato medicina, completato la sua formazione specialistica e vissuto in Germania per oltre 20 anni. Aveva superato l'esame ed integrato tutti gli altri requisiti ed era presente alla piccola cerimonia nell'ufficio comunale, dove il certificato di cittadinanza avrebbe dovuto essergli festosamente con-

segnato. La conclusione della cerimonia, e quindi della naturalizzazione, consiste in una stretta di mano di congratulazioni da parte dell'ufficiale comunale con la contemporanea consegna del certificato.

Il medico era rimasto attonito quando gli si era avvicinato non un funzionario, bensì una funzionaria. Per presunti motivi religiosi aveva rifiutato la stretta di mano; la donna - così argomenterà più tardi nel procedimento dinanzi al giudice amministrativo - avrebbe un sesso diverso e quindi rappresenterebbe un pericolo per l'uomo in quanto tentazione sessuale o causa di condotta immorale, alle quali non voleva essere esposto.

Alla funzionaria vanno baciati i piedi a nome di tutte le persone dotate di un minimo di intelletto, per

aver avuto prontezza nel riprendersi il certificato di cittadinanza. La procedura di naturalizzazione non si è pertanto perfezionata.

Il tribunale amministrativo di Mannheim si è poi dovuto occupare della domanda giudiziale di naturalizzazione del radiologo e nella sua sentenza del 20/8/2020 (R.G. 12 S 629/19) soffermandosi intensivamente sulla stretta di mano nella società tedesca, definendola "un rituale non verbale di saluto" - ma anche, naturalmente, sull'immagine deprezzante del ruolo donne nella mente del ricorrente - ed ha rigettato la richiesta.

Ci si può solo congratulare con i giudici e pensare "cavolo, c'è mancato poco".

ULTIME DALL'ITALIA

Portale whistleblower aperto dal Ministero della Giustizia italiano

I funzionari del ministero, i dipendenti e altre terze parti che intendono segnalare irregolarità nell'amministrazione, legate a corruzione ecc., possono servirsi del portale <https://whistleblowing.giustizia.it>. Per tutelare tali soggetti, il Ministero ha introdotto delle misure protettive particolarmente elevate, rendendo impossibile risalire al whistleblower, che riceverà anche un codice di accesso al portale per poter seguire lo stato di avanzamento della denuncia (fonte: Italia Oggi, del 10/12/2020).

blowing.giustizia.it. Per tutelare tali soggetti, il Ministero ha introdotto delle misure protettive particolarmente elevate, rendendo impossibile risalire al whistleblower, che riceverà anche un codice di accesso al portale per poter seguire lo stato di avanzamento della denuncia (fonte: Italia Oggi, del 10/12/2020).

Nuovo tentativo di riforma giudiziaria

Con l'obiettivo ambizioso di ridurre la durata media biblica dei procedimenti in Italia del 40%, si sta discutendo ora una nuova proposta di riforma della procedura civile italiana (Riforma Cartabia). Con essa pare intravedersi qualche allineamento alla procedura e prassi tedesca, ove già negli atti introduttivi devono essere indicati tutti gli argomenti e le prove, pena l'eventuale preclusione. Una vera rivoluzione

per l'Italia, considerando che il giudice potrebbe decidere già dopo la prima udienza.

Altra particolarità riguarda l'ipotesi in cui il convenuto rimanga contumace - ovvero non si costituisca in giudizio - posto che in questo caso le asserzioni della parte attrice risulterebbero pacificamente ammesse.

Ma anche sul tema della mediazione obbligatoria sono previste estensioni di competenze, come ad. es. al contratto di servizi, di franchising, per le questioni attinenti le società di persone, ecc, mentre sono previste speciali semplificazioni per i procedimenti nel diritto del lavoro e della famiglia.

Anche la giustizia penale richiede una riforma. Il 9% dei crimini perseguiti si prescrive in corso di causa.



AUTOCELEBRAZIONE

50 edizioni della Lettera ai clienti coprono l'intero terzo millennio (finora trascorso)

Qual è il giurista che più ci ha impressionato in questo millennio? Lo studente Max Schrems.

Per il resto ringraziamo calorosamente tutti quelli che ci hanno seguito e inviato affettuose righe di incoraggiamento. La maggior parte dei lettori sono avvocati che forse e con ragione si stupiscono di trovarsi nella mailing-list.

In rappresentanza di tutti i lettori, citiamo con orgoglio la comunicazione

di una germanista. Non facciamo nomi, chi si muove nell'area culturale italo-tedesca, la conosce. Non verrà rivelato niente di più:

"... finalmente ho letto la vostra Lettera ai clienti 2/20 ed è stata di nuovo una gioia, istruita, istruttiva e come sempre totalmente divertente, ad iniziare dalla MS Caligola raffigurata in copertina... Questa combinazione di elementi estremamente seri e estremamente comici la rende unica.."

Questo scende come olio spremuto a freddo!

Mille grazie!

CONSIGLI PRATICI E UTILI PER TUTTI, CHE GENERANO GRATITUDINE

Le sanzioni amministrative italiane ricevute per posta sono irrilevanti in Germania

Chi non ha mai attraversato i centri storici delle città italiane e non è stato filmato o fotografato dall'amministrazione locale? Chi può dire di non aver ricevuto multe per divieto di sosta da società private con nomi avventurosi come European Municipality Outsourcing, una società della Nivi s.r.l.?

Segnaliamo ora che la Corte di Cassazione, con sentenza del

3.11.2020 n. 2866, ha accolto il ricorso di un automobilista tedesco contro tale multa. Non c'era dubbio che l'illecito amministrativo era stato commesso; tuttavia, a beneficio dell'automobilista tedesco, la Corte di Cassazione ha tenuto conto del fatto che la Germania non ha aderito alla Convenzione sulla notifica degli atti amministrativi per posta.

Di conseguenza, tutti i trasgressori del traffico possono archiviare (o insabbiare) tale posta.

RECHT UND SPRACHE

Fantasy-Urteile

Die Frage der Lesbarkeit von gerichtlichen Entscheidungen war wiederholt Gegenstand unseres Mandantenbriefs. Übersetzte Entscheidungen, insbesondere aus der italienischen Sprache, führen immer wieder zu Heiterkeit. Wir erinnern an die stets wiederkehrende Schauspielerin aus den Urteilen („l'attrice“), an das unerklärliche Loch bei den Justizbehörden („il foro di Cagliari“) und an den bei Gesellschaftsversammlungen stets präsenten örtlichen Bürgermeister („Il sindaco della società“). Aber auch die Lektüre der Entscheidungen im Original ist nicht immer einfach. Insbesondere durch die Auslassung oder Schwärzung der Namen der Betroffenen, Zeugen und Örtlichkeiten ist den Urteilen nicht leicht zu folgen.

Dem trägt jetzt eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts Siziliens Rechnung Consiglio di giustizia amministrativa (Cga, Beschluss Az. 1134/2000). Das sizilianische Gericht wird nun zur besseren Verständlichkeit für Presse und Publikum statt Schwärzung und Auslassungen („omissis“) für Personen und Orte Fantasienamen einsetzen. Dadurch soll eine einfachere und durchgehende

Lesbarkeit der Sachverhalte in den Entscheidungen gewährleistet werden.

Falcone: Schwärzungen übertrieben

Der Mandantenbrief berichtete über die sehr bedenkliche Entscheidung des Landgerichts Frankfurt am Main, nach der Richter Giovanni Falcone in Deutschland nicht mehr über ein postmortales Persönlichkeitsrecht verfüge, da die Erinnerung an ihn in Deutschland – ausgenommen in den Fachkreisen – verblasst sei. Wir sind guter Hoffnung, dass das Oberlandesgericht dieses eigentümliche Urteil aus der Welt schafft. Die Entscheidung des Landgerichts ist mittlerweile in einer führenden deutschen Fachzeitschrift veröffentlicht worden (GRUR-RS 43773,2020).

In seinem Editorial zur NJW 22/2021 weist Hauck zurecht darauf hin, dass die Entscheidung aufgrund der vielen Schwärzungen kaum noch lesbar ist. Absurderweise hat das Landgericht dabei die Schwärzung mit dem Persönlichkeitsschutz des Richters begründet, den es in der Entscheidung selbst versagt hat. ...

Wir werden hoffentlich bald über eine erfolgreiche Berufung berichten können.

Rassismus im Arbeitsrecht

Ein Arbeitnehmer beleidigte ein dunkelhäutiges Mitglied des Betriebsrats mit dem Ausruf „Uga Uga“. In Deutschland ist das ein beliebter Ausruf für Rassisten, der affenähnliche Laute wiedergeben soll. Dem Arbeitnehmer wurde gekündigt, seine Kündigungsschutzklage hatte nicht nur in der Arbeitsgerichtsbarkeit keinen Erfolg, auch seine Verfassungsbeschwerde (Entscheidung vom 2.11.2020, 1 BvR 2727/19) wurde zurückgewiesen. Hierauf erscheint in der wohl renommiertesten Fachzeitschrift zum Arbeitsrecht im größten juristischen Fachverlag (NZA von C.H. Beck) ein Artikel eines schon betagten Stuttgarter Rechtsanwaltes, der sich u.a. mit der Eigenart von Tierlauten auseinandersetzt und zum Schluss kommt, die Beleidigung sei doch gar nicht so schlimm. Nachdem alle anderen Medien dem Beck-Verlag sofort die Leviten gelesen haben, veröffentlicht dieser nicht nur eine ausführliche Entschuldigung, sondern auch einen Nachdruck des Heftes ohne den eigentümlichen Aufsatz, der damit aus der juristischen Welt getilgt ist.

Nobody ist perfect, aber das sollten wir doch, als Amateure im Verlegen, sagen dürfen. Dass ein solcher Artikel bei der renommiertesten Fachzeitschrift „durchschlüpfen“ kann, ist kaum nachzuvollziehen.

NEUES AUS GOOGLELAND

Keine Gemeinsame Plattform von Staat und Google

Eine wichtige Entscheidung für den freien Warenverkehr im Netz hat das Landgericht München 1 (Urt. V. 10.12.2021, 37 O 15721/20) zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland und Google getroffen. Das Bundesgesundheitsministerium baute mit Google eine Plattform auf, auf der Bürger über gesundheitliche Risiken in seriöser Weise von staatlicher Seite unterrichtet werden sollten. Hiergegen wendete sich ein Medienkonzern (Burda), der ein privates Portal betreibt („Netdoktor“). Zu Recht führte das Landgericht aus, dass Google – das ohnehin schon den Markt der Suchmaschinen zu 90 % beherrscht – durch die Vereinbarung mit dem Ministerium einen ungerechtfertigten Vorteil gegenüber privaten Anbietern erzielen würde, und untersagte dem Ministerium den Betrieb der Plattform. Das Ministerium selbst hatte mit dem folgenden Satz geworben: „Wer Gesundheit googelt, soll künftig auf den Nationalen Gesundheitsportal landen.“ Das „googeln“ hat sich im deutschen Sprachgebrauch schon als Verb für das Suchen im Netz durchgesetzt.

Ob die private Monopolisierung des Zugangs zu Information und Wissen im Netz - ohne öffentliche Kontrolle - überhaupt noch aufzuhalten ist, ist fraglich. Es ist der Justiz aber zu danken, wenn die letzten Bastionen gehalten werden, auch wenn dies im Einzelfall zu eigenartigen Ergebnissen führt, die nicht unmittelbar verbraucherfreundlich wirken.

Kommission: Amazon verstößt gegen Kartellrecht

So wie Google die Suchmaschinen beherrscht, ist Amazon der König des Online-Vertriebs. Dabei füllt das Unternehmen eine Doppelrolle aus: Es verkauft eigene Waren und es stellt eine Plattform für Händler zur Verfügung. Die Kommission hegt jetzt den nachvollziehbaren Verdacht, dass Amazon die Geschäftsdaten der Händler für das eigene Geschäft nutzt. Die Kommission hat diesen Verdacht dem Unternehmen mitgeteilt und leitet damit ein Verfahren gegen den Verstoß von EU-Kartellrechtsvorschriften ein. Der Mandantenbrief wird darüber berichten.

In Deutschland ist am 19.1.2021 die Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Kraft getreten; danach können auch die deutschen Kartellbehörden künftig effektiver gegen mögliche Wettbewerbsverstöße von Amazon, Google und Facebook vorgehen. Auch hiermit könnte sichergestellt werden, dass Amazon auf ihrer Plattform die eigenen Produkte nicht bevorzugt vor Produkten von Konkurrenten anbietet.

Italienischer Staatsrat (oberstes Verwaltungsgericht) verhängt 7.000.000 Euro Ordnungsgeld gegen Facebook

Die italienische Antitrust-Behörde hatte ursprünglich gegen Facebook ein Bußgeld in Höhe von 10.000.000 Euro wegen Verstoß von Datenschutz-

vorschriften verhängt. So wurde die mangelnde Aufklärung des Konzerns darüber gerügt, dass die Daten der Nutzer verwertet werden. Es wurde auch die FB-Aussage gerügt, die Anmeldung sei für den User kostenlos. Wie mittlerweile bekannt, zahlen die User mit ihren vielleicht wertvollsten Gut (Daten). Das Verwaltungsgericht hatte in 1. Instanz das Bußgeld auf 5.000.000 Euro gesenkt, in 2. und letzter Instanz wurde es wieder angehoben.

Bleibt zu hoffen, dass die amerikanische Konzernzentrale davon Kenntnis erhält. Dass das Bußgeld aus der Portokasse gezahlt werden kann, wird bei einem Nettogewinn von 29.000.000.000 Euro im Jahr 2020 anzunehmen sein.



Welcome to Googleland

DIRITTO E LINGUAGGIO

Razzismo nel diritto del lavoro

Un impiegato ha insultato un membro del consiglio di fabbrica dalla pelle scura con l'esclamazione "Uga Uga". In Germania, questa è un'esclamazione popolare per i razzisti, che si suppone rifletta suoni simili alle scimmie. Il dipendente è stato licenziato, non solo la sua azione di tutela contro il licenziamento non ha avuto successo presso il tribunale del lavoro, ma anche il suo reclamo costituzionale è stato respinto (decisione del 2.11.2020, 1 BvR 2727/19). A questo punto compare nella rivista specialistica probabilmente più rinomata per il diritto del lavoro della più grande casa editrice specializzata in diritto (NZA di C.H. Beck), un articolo di un avvocato di Stoccarda già avanti con l'età che discute tra l'altro della peculiarità dei suoni animali e giunge alla conclusione che l'insulto non sia comunque così male. Dopo che tutti gli altri media hanno immediatamente disapprovato questa lettura, la casa editrice Beck non solo ha pubblicato delle scuse dettagliate, ma ha anche fatto una ristampa della rivista senza il particolare saggio, che viene così cancellato dal mondo dei giuristi.

Nessuno è perfetto, ma sicuramente a noi, come dilettanti dell'editoria, dovrebbe essere permesso

dirlo. Come un articolo del genere possa "sfuggire" alla rivista più prestigiosa nel suo ambito è difficile da comprendere.

Sentenze fantasiose

La questione della leggibilità delle decisioni giudiziarie è stata più volte oggetto della nostra lettera ai clienti. Le decisioni tradotte, specialmente dalla lingua italiana, portano sempre all'ilarità. Ricordiamo l'attrice (del cinema) ricorrente nelle sentenze civili, l'inspiegabile buco dell'autorità giudiziaria ("il foro di Cagliari") e il sindaco del Comune sempre presente alle riunioni della società ("Il sindaco della società"). Ma anche leggere le decisioni in originale non è sempre facile. In particolare, a causa dell'omissione o dell'annerimento dei nomi delle persone interessate, dei testimoni e delle località, le sentenze non sono facili da seguire.

Questo è ora preso in considerazione dal Consiglio di Giustizia Amministrativa (Cga, Ordinanza R.G. 1134/2000). Il Tribunale siciliano userà d'ora in poi nomi immaginari per persone e luoghi al posto dell'annerimento e delle omissioni ("omissis") per migliorare la comprensibilità per la stam-

pa e per il pubblico. Questo per garantire una lettura più semplice e coerente dei fatti nelle decisioni.

Falcone: Annerimenti esagerati

La lettera ai clienti ha riportato la decisione molto discutibile del Tribunale di Francoforte sul Meno, secondo la quale il giudice Giovanni Falcone non gode più del diritto alla personalità post mortem in Germania, poiché il ricordo di lui è svanito - tranne che negli ambienti professionali. Speriamo che la Corte d'Appello metta fine a questa singolare sentenza. La decisione del Tribunale è stata nel frattempo pubblicata in un'importante rivista specialistica tedesca (GRUR-RS 43773,2020).

Nel suo editoriale a NJW 22/2021, Hauck fa giustamente notare che la decisione è difficilmente leggibile a causa dei numerosi annerimenti. Per assurdo, il Tribunale ha giustificato gli annerimenti con l'argomento della protezione della personalità del giudice, che ha poi negato nella decisione stessa.....

Speriamo di potervi presto informare del successo dell'appello.

NOVITÀ DA GOOGLELANDIA

Nessuna piattaforma comune tra Stato e Google

Una decisione importante per la libera circolazione delle merci in rete è stata presa dal Tribunale regionale di Monaco 1 (Urt. V. 10.12.2021, 37 O 15721/20) a svantaggio della Repubblica federale di Germania e Google. Il Ministero Federale della Salute aveva creato una piattaforma con Google sulla quale i cittadini dovevano essere informati sui rischi per la salute in modo serio da parte dello Stato. Un gruppo di media (Burda), che gestisce un portale privato ("Nettdoktor"), si è opposto a questo. Il Tribunale regionale ha giustamente dichiarato che Google - che già domina il 90% del mercato dei motori di ricerca - avrebbe ottenuto un vantaggio ingiustificato rispetto ai fornitori privati attraverso l'accordo con il ministero e ha vietato al ministero di gestire la piattaforma. Il Ministero stesso aveva fatto una pubblicità con la seguente frase: "Chiunque cerchi la salute su Google dovrebbe atterrare in futuro sul Portale Nazionale della Salute". "Googeln" è già stato accettato nell'uso tedesco come un verbo per cercare in rete.

Se la monopolizzazione privata dell'accesso all'informazione e alla conoscenza in rete - senza controllo pubblico - possa essere fermata è discutibile. Tuttavia, è un merito della magistratura se difende le ultime roccaforti, anche se in alcuni casi questo porta a risultati particolari che non appaiono immediatamente favorevoli ai consumatori.

Commissione: Amazon viola la legge antitrust

Proprio come Google domina i motori di ricerca, Amazon è il re delle vendite online. In tal senso l'azienda ricopre un doppio ruolo: vende i propri prodotti e fornisce una piattaforma per i rivenditori terzi. La Commissione ha ora ragionevoli sospetti che Amazon stia usando i dati commerciali dei commercianti per i propri affari. La Commissione ha comunicato all'azienda questo sospetto e sta quindi avviando una procedura contro la violazione delle norme antitrust dell'UE. La lettera ai clienti riferirà su questo.

In Germania, la riforma della legge contro le restrizioni della concorrenza è entrata in vigore il 19.1.2021; secondo questa, le autorità antitrust tedesche potranno anche in futuro intraprendere azioni più efficaci contro possibili violazioni della concorrenza da parte di Amazon, Google e Facebook. Questo potrebbe anche garantire che Amazon non offra i propri prodotti sulla sua piattaforma preferendoli a quelli dei concorrenti.

Il Consiglio di Stato italiano (supremo tribunale amministrativo) commina a Facebook una multa di 7.000.000 di euro

L'autorità antitrust italiana aveva originariamente comminato a Facebook una multa di 10.000.000 di euro per aver violato le norme sulla protezione dei dati. Per esempio, al gruppo è stato contestato di non aver informato gli utenti che i loro dati venivano

sfruttati. È stata anche contestata la dichiarazione di FB secondo cui la registrazione è gratuita per l'utente. Come è ormai noto, gli utenti pagano con il loro bene forse più prezioso (i dati). Il tribunale amministrativo aveva ridotto la multa in prima istanza a Euro 5.000.000, in seconda e ultima istanza è stata alzata di nuovo.

Speriamo che i quartieri generali americani ne prendano nota. Che la multa possa essere pagata in contanti si può supporre con un profitto netto di Euro 29.000.000.000 nel 2020.

DOLCE · LAUDA

sucht eine/n zweisprachige/n
motivierte/n

Juristin/en

mit deutschem Examen –
auch als Berufsanfänger!Bitte schreiben Sie an
info@dolce.de,
Stichwort: Bewerbung.

GESELLSCHAFTSRECHT

Keine Sozialarbeit für juristische Personen

Die Einführung des italienischen Unternehmensstrafrechts mit Gesetzesdekret 231/01 feierte bei Redaktionsschluss des Mandantenbriefes am 8.06.2021 seinen 20-jährigen Geburtstag. Es ist gleichzeitig das älteste Compliance-Gesetz international. Nach herrschender Meinung in Deutschland sind juristische Personen hingegen nicht schuldfähig und daher Unternehmen nicht strafbar.

Dass auch auf die Eigenart eines strafrechtlich verfolgten Unternehmens Rücksicht genommen werden kann, zeigt die nachfolgende Entscheidung des GIP (Ermittlungsrichter) von Bologna vom 10.12.2020 (Quelle: Sole 24 Ore vom 17.12.20).

Ein Unternehmen, dem eine Verurteilung wegen „induzione indebita“ drohte, d. h. der Anstiftung eines Amtsträgers, eine nicht rechtmäßige Leistung oder Vorteilsgewährung zu erbringen, beantragte beim Ermittlungsrichter, stattdessen Sozialarbeit leisten zu dürfen. Nach dem Gesetz Nummer 67 von 2014 dürfen Täter bei positiver Sozialprognose die Aussetzung des Verfahrens beantragen. Der Richter aus Bologna stellte zurecht fest, dass die mit der Sozialarbeit verbundene Hoffnung auf Läuterung und Einsicht bei einem Unternehmen verpuffen würde, da sich die Sanktion in eine reine Geldstrafe verwandeln würde.

Aufklärungspflichten beim Unternehmenskauf

Bei einem Unternehmenskauf ist es international üblich, dass der Verkäufer - soweit gesetzlich möglich - alle Gewährleistungen ausschließt und sich nur auf die Richtigkeit der Jahresabschlüsse und auf die Vollständigkeit der Unterlagen bezieht, die sich aus

dem Data Room ergeben. Eine Haftung für Vorsatz und damit auch für arglistiges Verschweigen kann aber weder im deutschen noch im italienischen Recht ausgeschlossen werden.

Der Betreiber einer Diskothek war nicht in der Lage, seine Forderungen fristgerecht zu begleichen und hatte das Haus voller Mahnungen. Er inserierte seinen Betrieb im Netz und fand auch einen Käufer, dem er die negativen Jahresabschlüsse vorlegte. Weitere Fragen zum Betrieb beantwortete er aber nicht und verwies auf seinen Steuerberater.

Der Käufer übernahm den Betrieb und musste kurz darauf Insolvenz anmelden. Er forcht den notariellen Kaufvertrag an und verlangte Schadensersatz. Das Oberlandesgericht München (Urteil vom 3. Dezember 2020, 23 U 5742/19) gibt seiner Klage statt. Der Verkäufer wäre verpflichtet gewesen, den Käufer auch ungefragt über konkrete Vorkommnisse zu informieren, die gewichtige Anzeichen für eine anhaltende Krise der Gesellschaft sind. Der Verweis auf den Steuerberater entbindet ihn nicht von dieser Verpflichtung. Die Klauseln, mit dem der Verkäufer jegliche Haftung ausschloss, hatten also auch in diesem Vertrag keinen Wert.

Zuständigkeit italienischen Gerichts bei Verletzung einer Gesellschaftervereinbarung über eine Gesellschaft im EU-Ausland

Treffen zwei italienische Gesellschafter mit Wohnsitz Italien eine Gesellschaftervereinbarung über ihre Beteiligungen an einer polnischen Gesellschaft, so ist dennoch der italienische Gerichtsstand für Ansprüche aus der Verletzung der Gesellschaftervereinbarung gegeben (Kassationshof, Urteil vom 26. November 2020, 26984/20).

RECHT VIRTUELL

Gerichtsverhandlungen im Wohnzimmer

Die Pandemie hat die Durchführung von Gerichtsverhandlungen in Form der Videokonferenz sehr gefördert. In Deutschland wurde die entsprechende Vorschrift (§ 128a ZPO) dahingehend abgeändert, dass die Videokonferenz auch einseitig vom Gericht angeordnet werden kann, ohne das beiderseitige Einverständnis der Parteien einzuholen. Der Richter hat sich aber immerhin an den Gerichtsort einzufinden, um die Öffentlichkeit der Verhandlung zu gewährleisten.

In Italien ist es demgegenüber dem Richter gestattet, die Verhandlungen von der eigenen Wohnung zu führen (Gesetzesdekret 137 /2020, Abänderung Art. 221 Abs. 7 Gesetz 34/2020).

Ob sich die Prozessbevollmächtigten auch im jeweiligen Ausland aufhalten können, ist soweit der Redaktion ersichtlich, noch nicht entschieden. In der Praxis unserer Kanzlei hat bislang kein Richter, deutscher oder italienischer, bislang diesbezüglich Bedenken geäußert.

Die nationalen Gesetzgeber werden spätestens mit Inkrafttreten der EU- Beweisaufnahmeverordnung sich damit beschäftigen müssen, wenn Beweisaufnahmen per Videokonferenz auch im EU-Ausland durchgeführt werden sollen. Die Redaktion verweist auf unseren diesbezüglichen Artikel unter „Neues aus Europa“.

Fernmandanten gefährlich

Die Pandemie fördert auch den Kontakt zu Mandanten, die den Rechtsanwalt nur noch über E-Mail beauftragen. Handelt es sich dabei um Verbraucher, geht der Rechtsanwalt – in Italien und in Deutschland – ein erhebliches Risiko ein, auf seinen Kosten sitzen zu bleiben.

Ein deutscher Universitätsstudent beauftragte eine Kölner Anwaltskanzlei mit der Beratung, wie man gegen eines seiner Auffassung nach ungerechtfertigten Notenbescheids im Bereich des Hochschulrechts vorgehen können. Die Kanzlei schickte den Studenten einen entsprechenden Mandatsvertrag mit Honorar-

VERTRIEBSRECHT

Kassationshof zum Gerichtsstand des Vertriebshändlervertrages

Der Kassationshof hat mit seiner Entscheidung Nummer 29176/20 festgestellt, dass der Vertriebshändlervertrag sich durch die Erbringung von Dienstleistungen charakterisiert und daher gemäß Art. 7, b, 2. Spiegelstrich EUGVVO eine Gerichtszuständigkeit am Ort des Vertriebshändlers begründet.

Kein Auskunftsanspruch des Vertragshändlers zum Zwecke der Bezifferung des Ausgleichsanspruches

Der BGH hat mit Urteil vom 24.9.2020 (VII ZR 69/19) entschieden, dass ein Vertragshändler zur Berechnung seines Ausgleichsanspruchs vom Unternehmen keine Auskunft über den erzielten Rohertrag verlangen kann. Die für den Ausgleichsanspruch erforderlichen Unternehmervorteile sind nicht zwingend anhand des Rohertrages zu berechnen und folglich hat der Unternehmen hierüber keine Auskunft zu erteilen.

Vertragshändlervertrag oder laufende Geschäftsverbindung?

Mit einer interessanten Entscheidung hatte das OLG Hamm (Urteil vom 14.5.2020, 18 U 93/19) das Bestehen eines Vertragshändlervertrages zwischen den Parteien verneint, da die typischen Merkmale des Vertragstypus, wie z.B. die Pflicht zur Absatzförderung, das Weisungsrecht des Herstellers, die Eingliederung in die Verkaufsorganisation des Herstellers, nicht vorlagen. In Anbetracht der Fortdauer der Geschäftsbeziehung zwischen den Parteien ist das Gericht vom Bestehen eines Dauerschuldverhältnisses ausgegangen, mit der Folge, dass der Lieferant zumindest verpflichtet war, eine angemessene Kündigungsfrist einzuhalten. Zum Vergleich sei auf ein kürzlich von unserer Kanzlei erwirktes - noch nicht rechtskräftiges - Urteil des Gerichts Mailand verwiesen, das sowohl das Bestehen eines Vertragshändlervertrages wie auch die Erforderlichkeit der Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist trotz einer über 10 Jahre andauernden Geschäftsbeziehung verneint hat (AZ: 49719/14).

vereinbarung, fertigten das Gutachten aus und erstellte die Rechnung. Der Student nahm das Gutachten dankend entgegen und widersprach der Honorarvereinbarung. Der Rechtsanwalt verklagte den Studenten erfolglos auf Zahlung. Im Fernabsatzverkehr muss jeder Vertrag mit einem Verbraucher – das gilt EU-weit – mit einer Widerrufsbelehrung versehen sein (Siehe BGH, Urteil vom 19.11.2020, IX ZR 133/19).

Ein vorsichtiger Rechtsanwalt sollte seiner Mandatsvereinbarung eine Widerrufsbelehrung beifügen und erst 14 Tage warten, bevor er tätig wird. Alternativ kann man den Mandanten in die Kanzlei bestellen. Hier ist in Coronazeiten das Ansteckungsrisiko gegen das Ausfallrisiko abzuwägen.

DIRITTO SOCIETARIO

Niente lavori sociali per le persone giuridiche

L'introduzione del diritto penale societario italiano con il decreto legislativo 231/01 ha celebrato il suo 20esimo anniversario in data 8/6/2021 contestualmente alla chiusura redazionale di questa lettera ai clienti. È anche la prima legge in materia di compliance a livello internazionale. Al contrario in Germania, seguendo l'interpretazione prevalente, le persone giuridiche non sono imputabili penalmente e quindi le aziende non sono perseguibili.

La seguente decisione del GIP di Bologna del 10/12/2020 dimostra che si possa tenere conto delle particolarità inerenti alla tipologia del soggetto sottoposto a procedimento penale (fonte: Sole 24 Ore del 17/12/20).

Un'impresa che stava rischiando una condanna per "induzione indebita", ossia l'istigazione indebita di un pubblico ufficiale volta ad ottenere denaro o altra utilità, ha richiesto al giudice istruttore di poter svolgere i lavori di pubblica utilità. Ai sensi della legge numero 67 del 2014, i responsabili possono chiedere la sospensione del procedimento in caso di sussistenza di una prognosi sociale positiva. Il giudice bolognese ha giustamente affermato che la speranza di ravvedimento connessa ai lavori sociali verrebbe meno sul nascere per un'impresa, poiché la sanzione si trasformerebbe in una semplice ammenda.

Obblighi informativi in operazioni di M&A

Nel caso di acquisizione di un'azienda, è consuetudine internazionale che il venditore – per quanto possibile ai sensi di legge - escluda tutte le garanzie legali e faccia riferimento solo alla correttezza del bilancio annuale e alla completezza dei documenti messi a disposizione nel data room. Tuttavia, la respon-

sabilità per dolo e quindi anche per reticenza dolosa non può essere esclusa né dalla legge tedesca né da quella italiana.

Il gestore di una discoteca non era in grado di pagare regolarmente i suoi debiti e aveva il locale pieno di solleciti di pagamento. Dopo aver pubblicizzato la sua attività in rete, riuscì a trovare un acquirente al quale trasmise i bilanci in rosso. Il venditore eluse le domande specifiche dell'acquirente, dicendo di rivolgersi al suo commercialista.

L'affare andò in porto ma l'acquirente, poco dopo aver rilevato l'attività, dovette dichiarare il fallimento. L'acquirente impugnò il contratto notarile di compravendita e chiese anche il risarcimento dei danni. La Corte d'Appello di Monaco di Baviera, con sentenza del 3 dicembre 2020 (R.G. 23 U 5742/19) accolse la sua domanda. Il venditore sarebbe stato obbligato a informare l'acquirente, anche in assenza di domande specifiche da parte sua, in merito a particolari circostanze dalle quali si poteva dedurre una crisi duratura dell'azienda. Fare riferimento al proprio commercialista non sarebbe bastato per esonerarlo da tale obbligo. Le clausole con le quali il venditore aveva escluso ogni responsabilità non avevano pertanto alcun valore neanche in questo contratto.

Giurisdizione del giudice italiano in caso di violazione di un patto parasociale relativo ad una società con sede in un altro paese UE

Se due soci italiani residenti in Italia stipulano un patto parasociale riguardante le rispettive partecipazioni in una società con sede in Polonia, sussiste comunque la giurisdizione del giudice italiano in relazione alle domande derivanti dalla violazione del patto parasociale (Corte di Cassazione, sentenza del 26/11/2020 n. 26984/20).

DIRITTO VIRTUALE

L'udienza in salotto

La pandemia ha favorito molto lo svolgimento delle udienze in videoconferenza. In Germania si era provveduto a modificare la norma di cui al § 128a ZPO (codice di procedura civile tedesca), per effetto della quale ora il giudice può decidere di adottare la videoconferenza anche in assenza di consenso delle parti. Egli è tuttavia tenuto a garantire la propria presenza in aula per tutelare il principio di pubblicità dell'udienza. In Italia, invece, è consentito al giudice di trattare le udienze dal proprio domicilio (D.Lgs. 137/2020, modifica art. 221 comma 7 L. 34/2020).

Per quanto noto alla redazione, non è stato ancora deciso se i legali possano o meno presenziare dall'estero. Nella pratica del nostro studio legale, nessun giudice, tedesco o italiano, ha finora espresso preoccupazioni al riguardo.

Si prevede che i legislatori nazionali dovranno affrontare la questione al più tardi con l'entrata in

vigore del regolamento UE sulle prove che introduce la possibilità di assumere prove all'estero in videoconferenza. La redazione rimanda in merito al nostro relativo articolo nella rubrica "Ultime dall'Europa"

Clienti da remoto: pericolo di default?

La pandemia favorisce anche il contatto a distanza con i clienti che incaricano l'avvocato per e-mail. In caso di consumatori, l'avvocato - in Italia e in Germania - corre un rischio considerevole di non essere pagato.

Uno studente universitario tedesco incaricava uno studio legale di Colonia di fornirgli un parere su come procedere contro quella che egli considerava essere una valutazione ingiustificata in merito ad un esame universitario. Lo studio legale inviava allo studente un mandato con un accordo sugli onorari, redigeva il parere ed emetteva la fattura. Lo studente, una volta ricevuto il parere, ringraziava ma si opponeva all'accordo sugli onorari.

DISTRIBUZIONE

Le Sezioni Unite sulla giurisdizione in materia di contratto di concessione di vendita

La Corte di Cassazione a Sezioni Unite, con ordinanza n. 29176/20, ha sancito che il contratto di concessione di vendita, in virtù della sua prestazionale caratteristica, rientra nella fattispecie del contratto di prestazione di servizi. Ne consegue che, in caso di controversie, a norma dell'art. 7, lettera b), del Regolamento UE n.1215/2012, la competenza giurisdizionale spetta al giudice del luogo in cui i servizi sono stati o avrebbero dovuto essere prestati in base al contratto.

Nessun diritto ad informazioni del concessionario ai fini della quantificazione dell'indennità di fine rapporto

Con sentenza del 24/9/2020 (RG VII ZR 69/19), la Corte Federale tedesca (BGH) ha deciso che un rivenditore non può pretendere informazioni dall'azienda sugli utili maturati relativamente ai prodotti contrattuali ai fini di calcolare l'indennità di fine rapporto. I vantaggi imprenditoriali richiesti ai fini dell'indennità di fine rapporto non devono necessariamente essere calcolati sulla base di tale valore e conseguentemente l'azienda non deve fornire alcuna informazione a riguardo.

Contratto di concessione di vendita o rapporto commerciale continuato?

Con un interessante decisione la Corte di Appello di Hamm (sentenza del 14/5/2020, RG 18 U 93/19) aveva negato la sussistenza di un rapporto di concessione di vendita tra le parti, non sussistendo gli obblighi e poteri tipici che caratterizzano tale figura contrattuale, quale l'obbligo di promozione delle vendite, il potere direttivo del fornitore, l'inquadramento del rivenditore nella struttura del fornitore. Tuttavia, stante la continuità del rapporto commerciale intercorrente tra le parti, la Corte ha ritenuto che il fornitore fosse tenuto a un congruo preavviso. In via comparatistica è interessante citare una recente sentenza del Tribunale di Milano – peraltro non ancora definitiva - ottenuta dal nostro studio, con la quale, è stata negata sia la sussistenza di un rapporto di concessione di vendita che la necessità di un preavviso di disdetta, nonostante un rapporto commerciale che perdurava da oltre 10 anni (Az..)

L'avvocato ha fatto causa senza successo. Nella vendita/prestazione a distanza, ad ogni contratto con un consumatore - questo vale in tutta l'UE - deve essere allegata un'informativa sul diritto di revoca (BGH, sentenza del 19.11.2020, IX ZR 133/19).

Un avvocato prudente dovrebbe inviare al cliente l'informativa sul diritto di revoca ed attendere 14 giorni prima di agire o fissare un appuntamento in studio. Nei tempi di pandemia, bisognerà allora soppesare il rischio di contagio con quello di default.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Einkommensgefälle zwischen Männer und Frauen und allen Himmelsrichtungen

Nach einer statistischen Erhebung des Verbandes der Versorgungswerke für die freien Berufe (ADEPP), verdienen italienische Rechtsanwältinnen in der Altersgruppe, in der Rechtsanwälte am meisten verdienen (zwischen 40 und 50 Jahren) 45 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Bei den ganz jungen Anwältinnen (unter 30 Jahren) verringert sich der Unterschied auf 4 %. Die italienische Rechtsanwältin in Norditalien verdient im Schnitt 31.000 Euro im Jahr (ihr männlicher Kollege 57.000 Euro p.a.), die süditalienische Rechtsanwältin 16.463 Euro (ihre männlichen Kollegen 28.262 Euro p.a.).

Für Deutschland ermittelt ein vergleichbares Institut (IFO) alle 2 Jahren die Umsätze der Rechtsanwälte; Im Wirtschaftsjahr 2018 erzielten in Deutschland Vollzeit-Rechtsanwälte einen durchschnittlichen persönlichen Honorarumsatz aus selbstständiger Tätigkeit von 215.000 Euro, Vollzeit-Rechtsanwältinnen dagegen nur von 136.000 Euro. Berücksichtigt man einen durchschnittlichen Kostenanteil in Deutschland von ca. 60 %, liegen die Einkommen dennoch erheblich höher als die italienischen.

Das italienische Nord-Süd Gefälle findet sich in Deutschland im Verhältnis zwischen Westen und Osten wieder: Im Westen lag der durchschnittliche Honorarumsatz bei Vollzeit-Rechtsanwälten bei 239.000 Euro, bei Vollzeit-Rechtsanwältinnen bei 149.000 Euro; im Osten bei Vollzeit-Rechtsanwälten bei 164.000 Euro, bei Vollzeit-Rechtsanwältinnen bei 116.000 Euro.

Berücksichtigt man hier wiederum einen Kostenanteil von 60 %, kann man mit der statistischen Wahrheit schließen, dass ein norditalienischer Anwalt etwa so viel wie eine ostdeutsche Anwältin verdient.

(Quellen: Für Italien Sole 24 Ore vom 17.12.2020, für Deutschland www.brak.de, STAR-Erhebung im Auftrag der Bundesrechtsanwaltskammer)

Italien: Erstattung der Rechtsverteidigungskosten des Freigesprochenen und im Zivilprozess

In Italien hatte bislang ein Beschuldigter, der dann angeklagt und schließlich freigesprochen wurde, keine Möglichkeit, sich vom Staat die Kosten für die Verteidigung erstatten zu lassen. Ein zu Unrecht Verfolgter erleidet neben dem psychischen Stress und dem Imageschaden auch einen erheblichen materiellen Schaden. Ein im Dezember 2020 verabschiedetes neues Gesetz (Art. 177 bis Codice Penale) schafft jetzt teilweise Abhilfe. Bei rechtskräftig freigesprochenen Angeklagten ist der Staat verpflichtet, auf Vorlage der entsprechenden Anwaltsrechnung, dem Angeklagten bis zu einem Höchstbetrag von 10.500 Euro der Kosten zu erstatten. Die Zahlung erfolgt in 3 Raten.

Bei Redaktionsschluss des Mandantenbriefs (8.6.2021) lag aber die Durchführungsverordnung noch nicht vor, sodass über erste Erfahrungen mit dem Gesetz nicht berichtet werden kann.

Auch im Zivilverfahren ist Land in Sicht. Ein vor dem Oberlandesgericht zu 100 % obsiegende Kläger wollte sich nicht mit der üblichen Kostenentscheidung abfinden, nach der die Kosten des Rechtsstreits

gegeneinander aufgehoben werden. Die Kostenaufhebung ist in Italien unabhängig von dem Prozessausgang eine sehr beliebte Entscheidung, sie wird in der Regel mit der besonderen Schwierigkeit der Rechtsmaterie begründet und ist Ausdruck von Mitleid mit der Partei, die verloren hat. Sie hat ja schon genug Leid zu tragen.

Der Kläger, der in II. Instanz voll obsiegt hatte, hat dennoch den Kassationshof angerufen - und hat schließlich Recht bekommen (Kassationshof 14071/2021). The winner takes it all, auch den Erstattungsanspruch für seine Kosten.

Italienische Kollegen satisfaktionsfähig

Wie das Landgericht Potenza mit Urteil vom 23.12.2020 entschieden hat (716/2020), hat ein Rechtsanwalt seinem Gegenüber in einem Zivilverfahren den (immateriellen) Schaden zu ersetzen, den der Gegenanwalt durch beleidigende Äußerungen erleidet. Im vorliegenden Fall hatte der Beklagtenvertreter dem Klägervertreter betrügerisches Vorgehen vorgeworfen - „fraudolentemente“.

Coronahilfen für Rechtsanwälte

In Deutschland haben Rechtsanwälte – im Guten und im Schlechten – keine Sonderbehandlung genossen und sind den gewerblichen Betrieben gleichgestellt worden. Die Soforthilfen waren nach Betriebs- bzw. Kanzleigröße gestaffelt und wurden sofort bezahlt.

Die italienischen Kollegen sind ausdrücklich aus den allgemeinen staatlichen „à fonds perdu“ Leistungen ausgenommen worden und haben von ihren Versorgungswerken für die Monate März und April 2020 jeweils 600 Euro p.m. erhalten, für den Monat Mai maximal 1.000,00 Euro, im Ergebnis wesentlich weniger als ihre deutschen Kollegen.

Die französischen Kollegen sind wiederum besergestellt worden und durften sich aus einem eigens von Präsident Macron eingerichteten Fonds für den Monat Dezember über 1500 Euro freuen.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zur anwaltlichen Schweigepflicht

Nicht alle berufsrechtliche Fragen verdienen es, höchstrichterlich entschieden zu werden, insbesondere wenn sie sich eigentlich direkt aus dem Gesetz ergeben. Ein deutscher Rechtsanwalt weigerte sich, als Zeuge in einem Verfahren auszusagen, in dem eine frühere Mandantin beteiligt war, weil er sich auf seine anwaltliche Schweigepflicht bezog. Der aktuelle Geschäftsführer der Mandantin hatte ihn aber längst von der Schweigepflicht entbunden. Der Kollege hielt die Schweigepflicht für ein anwaltliches Schweigepflicht und schwieg. Gegen das zurecht erlassene Ordnungsgeld klagte er in Deutschland bis zum Bundesverfassungsgericht (!) und dann bis zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (!!). Er rügte eine Verletzung von Art. 8 Menschenrechtskonvention (Achtung des Privat- und Familienlebens).

Was hat den Kollegen geritten? Aus der Anonymität der Anwaltschaft herauszutreten -, da die Parteien vor dem EGMR namentlich benannt werden? Da der Kollege Müller heißt (damit trägt er den Namen

von tausenden deutschen Rechtsanwälten), ist ihm auch das nur spärlich gelungen.

Anwaltliches Stalking

Eine neue Art des Stalkings hat ein italienischer Kollege entwickelt, der 4 Personen, die er offensichtlich nicht mag, 104 Klagen innerhalb eines Jahres zustellen ließ. Der Kollege wendete ein, es seien nicht 104, sondern nur 39 Klagen, der übrige Teil seien eingelegte Rechtsmittel. Da die Klagen völlig unbegründet waren, ging es bei der Entscheidung des Kassationshofs (11429/20) nur darum, ob der Tatbestand des Stalkings auch die Zustellung sinnfreier Klagen umfassen würde. Da der Kassationshof feststellen konnte, dass der Beschuldigte mit seinen Taten im Jahr 2016, nach Einführung der Stalking-Straftabstandes, begonnen hatte, stand einer Verurteilung nichts mehr im Wege.

Aufbewahrungsfrist für Mandantenakten

Deutsche Rechtsanwälte müssen ihre Handakten nach der entsprechenden berufsrechtlichen Vorschrift § 50 Abs. 1 Satz 2 BRAO sechs Jahre lang aufbewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde. Die regelmäßige Verjährungsfrist in Deutschland beträgt allerdings nur 3 Jahre. Diese wandte auch ein Kollege erfolgreich gegen den Herausgabeanspruch eines Insolvenzverwalters ein, der auf Herausgabe der Handakten der insolventen Gesellschaft klagte. Der BGH belehrte den Insolvenzverwalter, dass zwischen zivilrechtlicher und berufsrechtlicher Pflicht zu unterscheiden sei (BGH v. 15. Oktober 2020 – IX ZR 243/19). Wenn der Rechtsanwalt die Handakten nach 4 Jahren vernichtet, droht ihm daher nur noch Ärger mit der Rechtsanwaltskammer, aber nicht mehr mit seinem Mandanten.

Strafrecht Online

Nach einem Dekret des Justizministers vom 13.1.2021 wird es den italienischen Kollegen ermöglicht, bestimmte Schriftsätze im Strafverfahren, die zuvor nur in Schriftform wirksam erstellt werden konnten, online einzureichen. Dazu gehört die Strafanzeige, der Strafantrag, die Beschwerde gegen eine Einstellung des Strafverfahrens und auch die Ernennung eines Strafverteidigers.

ERBRECHT

Italien - Digitales Erbe - Gericht in Mailand ordnet Freigabe von Apple-Konten an

Mit Beschluss vom 10. Februar 2021 hat das Landgericht Mailand in Anwendung von Art. 2 terdecies des ital. Datenschutzgesetzes (Gesetzesdekret 196/2003), der die Rechte verstorbener Personen regelt, entschieden, dass entgegen dem Einwand von Apple, das dem Verfahren fern blieb, sich aber vorgerichtlich auf das kalifornische Gesetz berufen hatte, die Daten eines verstorbenen Jungen an seine Eltern freizugeben sind. AC

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Divario di reddito tra uomini e donne e tutti i punti cardinali

Secondo un'indagine statistica condotta dall'Associazione delle casse di previdenza delle libere professioni (ADEPP), le donne avvocate italiane guadagnano il 45% in meno dei loro omologhi maschi nella fascia d'età in cui gli avvocati raggiungono il picco di guadagno (tra i 40 e i 50 anni). Per gli avvocati molto giovani (sotto i 30 anni), la differenza scende al 4%. La donna avvocato italiana del Nord Italia guadagna in media 31.000 euro all'anno (il suo collega uomo 57.000 euro all'anno), la donna avvocato del sud Italia 16.463 euro (il suo collega uomo 28.262 euro all'anno).

Per la Germania, un istituto comparabile (IFO) determina il fatturato degli avvocati ogni 2 anni; nell'anno finanziario 2018, gli avvocati uomini a tempo pieno in Germania hanno raggiunto un fatturato medio personale da lavoro autonomo di 215.000 euro, mentre le donne a tempo pieno hanno raggiunto solo 136.000 euro. Se si tiene conto di una quota media di costi in Germania di circa il 60%, i redditi sono tuttavia notevolmente superiori a quelli italiani.

Il divario italiano Nord-Sud si riflette in Germania nel rapporto tra Ovest ed Est: nell'Ovest, il reddito medio degli onorari per gli avvocati a tempo pieno era di 239.000 euro, per le donne a tempo pieno 149.000 euro; nell'Est, il reddito medio degli onorari per gli avvocati uomini a tempo pieno era di 164.000 euro, per le donne a tempo pieno 116.000 euro.

Se si tiene conto ancora una volta di una quota del 60% dei costi in questo caso, si può concludere con verità statistica che un avvocato dell'Italia settentrionale guadagna circa quanto un avvocato donna della Germania orientale.

(Fonti: Per l'Italia Sole 24 Ore del 17.12.2020, Per la Germania www.brak.de, sondaggio STAR commissionato dalla Bundesrechtsanwaltskammer).

Italia: Rimborso delle spese di difesa legale dei prosciolti e nei procedimenti civili

In Italia, fino ad oggi, una persona accusata e poi assolta non aveva la possibilità di essere rimborsata dallo Stato per le spese di difesa in giudizio. Una persona perseguita ingiustamente subisce un danno materiale significativo, oltre allo stress psicologico e al danno alla sua immagine. Una nuova legge approvata nel dicembre 2020 (Art. 177 bis Codice Penale) fornisce ora un parziale sollievo. Nel caso di imputati legalmente assolti, lo Stato è obbligato, su presentazione della fattura dell'avvocato, a rimborsare l'imputato fino a un massimo di 10.500 euro delle spese. Il pagamento sarà effettuato in 3 rate.

Tuttavia, in data di stampa di questa lettera ai clienti (8.6.2021), il regolamento di attuazione non è ancora disponibile, e non possiamo quindi ancora riferirvi le prime esperienze applicative.

Terra in vista anche nei procedimenti civili. Un attore che ha prevalso al 100% davanti alla Corte d'Appello non ha voluto accettare l'usuale ordine delle spese, secondo il quale le spese di lite sono compensate tra loro. La decisione di compensare le spese è molto popolare in Italia, indipendentemente

dall'esito della causa e di solito è giustificata dalla particolare difficoltà della questione legale, un'espressione di compassione per la parte che ha perso. Dopo tutto, ha già sofferto abbastanza.

L'attore, che aveva pienamente prevalso in secondo grado, si è comunque appellato alla Corte di Cassazione - e ha finalmente ottenuto giustizia (Corte di Cassazione n. 14071/2021). Il vincitore prende tutto, compreso il diritto al rimborso delle sue spese.

L'onore in causa

Come ha stabilito il Tribunale di Potenza in una sentenza del 23/12/2020 (716/2020), un avvocato deve risarcire la sua controparte in un procedimento civile per il danno (non materiale) subito dalla controparte a causa di dichiarazioni offensive. Nel caso in questione, l'avvocato del convenuto aveva accusato l'avvocato dell'attore di condotta fraudolenta - "fraudolentemente".

Aiuti Corona per gli avvocati

In Germania, nel bene e nel male, gli avvocati non hanno goduto di un trattamento speciale e sono stati trattati allo stesso modo delle imprese commerciali. L'aiuto di emergenza era graduato in base alle dimensioni dell'azienda o dello studio legale e veniva pagato immediatamente.

I colleghi italiani sono stati esplicitamente esclusi dalle prestazioni generali statali "a fondo perduto" e hanno ricevuto Euro 600 p.m. ciascuno dai loro fondi pensione per i mesi di marzo e aprile 2020, e un massimo di Euro 1.000,00 per il mese di maggio, che è notevolmente inferiore all'importo ricevuto dai loro colleghi tedeschi.

I colleghi francesi, invece, sono stati più fortunati e hanno potuto contare su 1500 euro da un fondo appositamente istituito dal presidente Macron per il mese di dicembre.

Corte europea dei diritti dell'uomo sul dovere di riservatezza degli avvocati

Non tutte le questioni professionali meritano di essere decise dalla più alta Corte, specialmente quando sorgono direttamente dalla legge. Un avvocato tedesco si è rifiutato di testimoniare in un caso che coinvolge un ex cliente, invocando il diritto al segreto professionale. Tuttavia, l'attuale amministratore delegato del cliente lo aveva da tempo liberato dall'obbligo di riservatezza. Il collega considerò il dovere di riservatezza come un privilegio di segretezza dell'avvocato e rimase in silenzio. Il collega ha quindi intrapreso un'azione legale in Germania contro la multa amministrativa giustamente emessa, fino ad arrivare alla Corte costituzionale federale (!) e poi alla Corte europea dei diritti dell'uomo(!!). Ha fatto valere una violazione dell'articolo 8 della Convenzione dei diritti dell'uomo (rispetto della vita privata e familiare).

Cosa gli sarà venuto in mente al collega? Voleva forse uscire dall'anonimato della professione legale - visto che le parti sono nominate davanti alla CEDU? Anche questo però sembra essergli riuscito solo parzialmente, dato che si chiama Müller, come altri migliaia di avvocati tedeschi.

Stalking da parte degli avvocati

Un nuovo tipo di stalking è stato sviluppato da un collega italiano che ha fatto notificare in un anno 104 denunce a 4 persone che evidentemente non gli piacevano. Il collega ha obiettato che non erano 104, ma solo 39 di cui il resto erano appelli presentati. Poiché le denunce erano completamente infondate, l'unica questione da risolvere nella decisione della Corte di Cassazione (11429/20) era se il reato di stalking includesse anche la notifica di denunce senza senso. Poiché la Corte di Cassazione ha potuto stabilire che l'imputato aveva iniziato i suoi atti nel 2016, dopo l'introduzione del reato di stalking, nulla ostava a una condanna.

Periodo di conservazione dei file dei clienti

Gli avvocati tedeschi devono conservare i loro fascicoli dei clienti per sei anni secondo la pertinente disposizione della legge professionale, § 50 (co. 1) frase 2 BRAO. Il periodo inizia con la fine dell'anno civile in cui il mandato è terminato. Tuttavia, il periodo di prescrizione ordinaria in Germania è di soli 3 anni. Un collega si è opposto con successo alla richiesta da parte di un curatore fallimentare che ha fatto causa per la restituzione dei fascicoli cartacei della società insolvente. Il BGH ha informato il curatore fallimentare che bisogna distinguere tra obblighi di diritto civile e obblighi di diritto professionale (BGH v. 15 ottobre 2020 - IX ZR 243/19). Quindi, se l'avvocato elimina i fascicoli cartacei dopo 4 anni, rischia solamente di avere guai con l'ordine degli avvocati ma non più con il suo vecchio cliente.

Diritto penale online

A seguito di un decreto del Ministro della Giustizia del 13/1/2021, i colleghi italiani potranno depositare online alcune memorie nei procedimenti penali che prima potevano essere validamente depositate solo con deposito cartaceo in tribunale. Tra queste sono incluse la denuncia penale, il reclamo penale, il reclamo contro l'interruzione del procedimento penale e anche la nomina di un difensore.

DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

Italia - Eredità digitale - Il tribunale di Milano condanna Apple a sbloccare i conti

Con ordinanza del 10 febbraio 2021 il tribunale di Milano ha ritenuto, in applicazione dell'art. 2 terdecies del Codice della Privacy (d. lgs. 196/2003) che disciplina i diritti delle persone decedute, di poter superare la resistenza della Apple, che pur se contumace nel processo, si era pregiudizialmente appellata al diritto californiano per rifiutare ai genitori di un ragazzo deceduto l'assistenza nel recupero dei dati dei suoi account, in modo da poter consentire l'acquisizione

FAMILIENRECHT

Nichtigkeit der zwischen den Ehegatten im Rahmen der Trennung getroffenen Vereinbarungen

Der Kassationsgerichtshof hat erneut (Beschluss Nr. 11012/21) die Nichtigkeit der Vereinbarungen bestätigt, mit denen die Ehegatten im Hinblick auf die Scheidung im Rahmen der Trennung die künftigen vermögensrechtlichen Fragen regeln wollen. Der Oberste Gerichtshof hat auf die Unabdingbarkeit der Rechte aus der Ehe nach Art. 160 c.c. (italienisches Zivilgesetzbuch) hingewiesen, selbst wenn die Vereinbarungen dem Schutz der Rechte des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten dienen sollen. Diese Entscheidung stellt einen Rückschritt im Vergleich zu anderen früheren Entscheidungen dar, die sich für die zwischen den Ehegatten im Hinblick auf die Scheidung im Rahmen der Trennung getroffenen Vereinbarungen aussprachen, da sie eine relative Nichtigkeit vorsahen, die nur der schwächere Ehegatte geltend machen konnte.

Die italienische Rechtsprechung ist daher nicht geneigt, die Autonomie der Ehegatten anzuerkennen, ihre finanziellen Angelegenheiten im Rahmen der Trennung im Hinblick auf die Scheidung selbst zu regeln.

In Deutschland hingegen sind die Vereinbarungen zwischen den Ehegatten zur schnellen und einvernehmlichen Lösung der Ehekrise im Hinblick auf die Scheidung zulässig und werden auch konkret ange-

wandt (Trennungsfolgenvereinbarung). Eheverträge sind auch ein nützliches Mittel, um vermögensrechtliche Fragen und die Folgen einer möglichen Trennung schon zu Beginn der Ehe zu regeln. Diese Eheverträge werden immer beliebter bei frisch verheirateten Paaren.

Italienische Staatsbürger, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, können durch eine Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts das vom italienischen Recht festgelegte Hindernis der Nichtigkeit umgehen.

Italien: Einheitliches Kindergeld

Italien orientiert sich an anderen europäischen Ländern und führt ein einheitliches Kindergeld (assegno unico per i figli) für unterhaltsberechtigter Kinder ein, das mit dem Kindergeld in Deutschland vergleichbar ist. Daher wird in Italien ab dem 1. Juli 2021 Übergangsweise für sechs Monate ein einheitliches monatliches „Überbrückungskindergeld“ eingeführt, dessen Empfänger Familien sind, die derzeit von dem Familiengeld ausgeschlossen sind, darunter Selbstständige oder Geringverdiener (Familieneinkommen bis 50.000 EUR). Der monatlich ausgezahlte Betrag liegt zwischen 30 EUR und 167,50 EUR für jedes Kind, je nach Einkommen; ab dem dritten Kind gibt es eine Erhöhung um 30 %. Für Kinder mit Behinderungen

wird der monatliche Betrag um 50 EUR erhöht. Danach ist ab Januar 2022 eine allgemeine Erweiterung des einheitlichen Kindergeldes geplant, im Zusammenhang mit einer Steuerreform bezüglich der derzeit geltenden Steuerabzüge und Boni.

Die Einführung des einheitlichen Kindergeldes wird für einige Familien erhebliche Auswirkungen haben, da dieses aufgrund der in der EG-Verordnung 883/2004 vorgesehenen Prioritätsregeln im Falle von Kumulierungen zum Ausschluss oder zur Kürzung von Familienleistungen führt, die von einem anderen EU-Mitgliedstaat für in Italien ansässige Familienmitglieder gewährt werden.

Unterhalt eines nicht finanziell unabhängigen volljährigen Kindes

Der Kassationsgerichtshof hat entschieden, dass eine stillschweigende Vereinbarung, mit der ein volljährig gewordenes Kind dem unterhaltspflichtigen Elternteil gestattet, die monatliche Unterhaltszahlung entgegen einer gerichtlichen Entscheidung im Rahmen der Ehetrennung oder Scheidung direkt auf sein Konto zu überweisen, ungültig ist. Die Änderung sowohl der Zahlungsweise als auch des Rechtsinhabers des Unterhalts muss gerichtlich erfolgen und darf nicht einfach zwischen den Parteien geregelt werden (Kassationsgerichtshof III. Zivilsenat Nr. 9700 vom 13.04.2021).

NEUES AUS EUROPA

Esperanto missing: Der Widerspruch gegen einen europäischen Zahlungsbefehl muss in der Sprache des Gerichtsstands eingelegt werden

Ein ausgefuchster italienischer Verbraucher, der glaubte, einen Restanspruch gegen eine deutsche Versicherungsgesellschaft zu haben, die ihm die volle Entschädigung für einen Brandschaden an seinem Eigentum verweigert hatte, beantragte und erwirkte bei einem italienischen Gericht einen Europäischen Zahlungsbefehl (EG-Verordnung Nr. 1896/2006). Der Anwalt des deutschen Versicherers legte fristgerecht mit dem vorgeschriebenen Vordruck „F“, ausgefüllt und unterschrieben, Widerspruch ein. Das italienische Gericht ignorierte den Widerspruch, da er nicht in italienischer Sprache eingereicht wurde, und erklärte den Zahlungsbefehl für vollstreckbar. Der Versicherer legte erfolglos Rechtsmittel ein, aber auch in zweiter Instanz bestätigte das Berufungsgericht Perugia mit Urteil Nr. 389/2020, dass der Versicherer verloren hat. Diese europäischen Verfahrensinstrumente können manchmal gefährlich zu handhaben sein, selbst für Versicherungsgesellschaften. AC

VERORDNUNG (EU) Nr. 1784/2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivilsachen in den Mitgliedsstaaten

Ab dem 1.07.2022 treten die neuen Bestimmungen über Zustellungen zwischen den Mitgliedsstaaten in Kraft, während die EG-Verordnung Nr.1393/2007 außer Kraft gesetzt wird. Ziel ist es, eine größere Effizienz und Geschwindigkeit bei den Zustellungen zu

gewährleisten, indem zwischen den Behörden des Absender- und des Empfängerstaates ein spezielles sicheres und zuverlässiges dezentrales Computersystem verwendet wird, gegebenenfalls unter Verwendung eines qualifizierten elektronischen Siegels bzw. einer Signatur. Der Adressat kann dann die Zustellung innerhalb von zwei Wochen verweigern, wenn er die Sprache nicht versteht bzw. keine Übersetzung in die Sprache des Zustellungsstaates vorhanden ist. Zustellungen auf diplomatischem, konsularischem Weg bzw. per Einschreiben und Postwurfsendung bleiben weiterhin möglich. Es scheint, dass eine zaghafte Öffnung für die Zustellung auf elektronischem Wege (Art. 19), sofern eine ausdrückliche Zustimmung des Empfängers bzw. eine ausdrückliche Bestätigung vorliegt, gewährleistet werden soll. Dabei müssen allerdings die einzelnen Mitgliedstaaten spezifische zusätzliche Bedingungen erschaffen. AC

EU: Neue Regeln für die Beweisaufnahme im Ausland – ein weiterer Schritt zur effizienten Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Zivil- und Handelsverfahren!?

Mit der neuen EU-Verordnung Nr. 2020/1783 vom 25.11.2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen wird nun dem ersuchenden Gericht die Möglichkeit eröffnet, entweder a) die Beweisaufnahme durch das ersuchte Gericht durchführen zu lassen oder b) die Beweisaufnahme selbst durchzuführen.

In dem Bewusstsein, dass die frühere Verordnung an die dringenden Erfordernisse der Vereinfachung, Schnelligkeit, Klarheit und Sicherheit angepasst werden muss, wird in den Erwägungsgründen der neuen Verordnung auf den Anpassungsbedarf der früheren Regelung hingewiesen. Die EU reagiert damit auf die Notwendigkeit, den effektiven Zugang zur Justiz zu gewährleisten, indem sie neue Technologien auf verschiedenen Ebenen in den Prozess integriert und eine effektive Zusammenarbeit in einem der sensibelsten Teile des Prozesses, der mündlichen Beweisaufnahme, fördert.

Vereinfachung und Schnelligkeit sollen folglich in erster Linie mittels standardisierter Formulare und dem Austausch von Dokumenten zwischen den beteiligten Behörden durch den Einsatz sicherer und zuverlässiger dezentraler IT-Systeme, einschließlich miteinander verbundener und technisch interoperabler nationaler IT-Systeme, gewährleistet werden. Klarheit und Sicherheit sollten dadurch erzeugt werden, dass jeder Mitgliedsstaat eine zentrale Stelle einrichtet, die für die Bearbeitung des Antrags zuständig ist.

Der Anhang der Verordnung enthält die verschiedenen standardisierten Formulare. Damit kann das angerufene Gericht nun beschließen, Zeugen, Parteien bzw. Sachverständige, die sich in einem anderen Mitgliedsstaat aufhalten, direkt per Videokonferenz bzw. mit anderen Mitteln der Fernkommunikation anzuhören.

Die Verordnung tritt am 01. Juli 2022 in Kraft. Werden die EU und die einzelnen MS technisch und kulturell in der Lage sein, die neue Regelung effizient zu übernehmen? To be continued... MB

DIRITTO DI FAMIGLIA

Italia: Assegno unico universale

L'Italia si allinea ad altri paesi europei introducendo l'assegno unico universale per i figli a carico, che può essere parificato al Kindergeld erogato in Germania. Viene quindi introdotto in Italia, dapprima, un assegno mensile unico "ponte" (in via transitoria) a partire dal 1° luglio 2021 per sei mesi, i cui beneficiari saranno le famiglie che sono attualmente escluse dagli assegni familiari, tra cui i lavoratori autonomi o incapienti (reddito Isee familiare fino a 50.000 euro). L'importo mensile versato varia da un minimo di 30 euro ad un massimo di 167,50 euro per ciascun figlio, in proporzione al reddito, dal terzo figlio è prevista una maggiorazione del 30%. Per i figli con disabilità l'importo mensile è aumentato di 50 euro.

Successivamente a partire dal gennaio 2022 è prevista l'estensione universale dell'assegno unico abbinata ad una riforma fiscale relativamente alle detrazioni fiscali e bonus attualmente in vigore.

L'introduzione dell'assegno unico per i figli di cui sopra avrà importanti ripercussioni per alcune famiglie, in quanto ciò comporterà l'esclusione o la riduzione delle prestazioni familiari prestate da un altro Stato membro UE per i familiari residenti in Italia, in

forza delle regole di priorità in caso di cumulo previste dal regolamento CE 883/2004.

Nullità dei patti conclusi tra i coniugi in sede di separazione

La Corte di Cassazione ha nuovamente ribadito (ordinanza n. 11012/21) la nullità dei patti con i quali i coniugi intendono regolare in sede di separazione le future questioni patrimoniali in vista del divorzio. La Corte Suprema ha ribadito l'indisponibilità dei diritti risultanti dal matrimonio ex art. 160 cc., anche se i patti sono finalizzati a proteggere i diritti del coniuge economicamente più debole. La decisione in esame rappresenta un passo indietro rispetto ad altre precedenti decisioni che aprivano ai patti raggiunti tra i coniugi in sede di divorzio o in vista del divorzio, in quanto prevedevano una nullità relativa, che poteva essere fatta valere solo dal coniuge più debole.

La giurisprudenza italiana non è pertanto proiettata a riconoscere ai coniugi la libertà di autodeterminare in sede di separazione le loro questioni economiche in vista del divorzio.

In Germania, al contrario, gli accordi tra i coniugi sono consentiti e in concreto applicati per risolvere in modo veloce e consensuale la crisi della coppia in

vista del divorzio (Trennungsfolgenvereinbarung). Gli accordi matrimoniali sono altresì uno strumento utile per regolare fin dall'inizio del matrimonio gli aspetti patrimoniali e le conseguenze in vista di un'eventuale separazione. Questa tipologia di accordi trova sempre più consenso nelle nuove coppie che convolano a nozze (Ehevertrag).

I cittadini italiani che risiedono abitualmente in Germania possono trovare una soluzione per superare l'ostacolo della nullità sancita dall'ordinamento italiano attraverso una scelta di legge in favore del diritto tedesco.

Mantenimento del figlio maggiorenne non autosufficiente

La Cassazione ha sancito la nullità dell'accordo tacito, con il quale il figlio divenuto maggiorenne concede al genitore obbligato al mantenimento di versargli l'assegno mensile direttamente sul suo conto, contrariamente a quanto disposto con provvedimento giudiziale, in sede di separazione o divorzio. La modifica, sia delle modalità di pagamento sia della titolarità dell'assegno, deve essere giudiziaria e non accordata semplicemente dalle parti (Cass. III civile n. 9700 del 13.04.2021).

ULTIME DALL'EUROPA

UE: Nuove Regole per l'assunzione delle prove all'estero – Un altro passo verso una cooperazione efficiente nei procedimenti civile e commerciali transfrontalieri!

Con il nuovo regolamento n. 2020/1783 del 25.11.2020 relativo alla cooperazione fra le autorità giudiziarie degli Stati membri nell'assunzione delle prove in materia civile o commerciale viene ora conferita all'autorità giudiziaria richiedente l'alternativa a) di far eseguire l'assunzione delle prove dall'autorità giudiziaria richiesta o b) di eseguire essa stessa l'assunzione delle prove.

Consapevole della necessità di adeguare il precedente regolamento alle impellenti esigenze di semplificazione, celerità, chiarezza e certezza, si sottolinea nei considerando del nuovo regolamento l'opera di rifusione delle precedenti norme. L'Unione Europea risponde così all'esigenza di semplificare l'effettivo accesso alla giustizia, integrando su vari livelli le nuove tecnologie nel processo e promuovendo l'efficace collaborazione in una delle parti del processo tra le più delicate, ovvero quella dell'assunzione delle prove orali.

La semplificazione e la celerità dovrebbero essere ora garantite in prima battuta da moduli standardizzati e lo scambio di documenti tra le autorità coinvolte tramite l'utilizzo di sistemi informatici decentrati sicuri ed affidabili, che comprendano sistemi informatici nazionali interconnessi e tecnicamente interoperabili. La chiarezza e la certezza dovrebbero essere invece assicurate con la designazione da

parte di ogni Stato Membro di un organo centrale incaricato a gestire la richiesta. Viene poi introdotta la regola di diritto sostanziale, che ad avviso di chi scrive creerà non pochi problemi applicativi ed interpretativi soprattutto in quei sistemi giuridici caratterizzati da una forte cultura formalistica, per cui gli atti trasmessi in forma elettronica esplicano per sé pieno effetto giuridico ai fini della validità della prova.

L'allegato al regolamento contiene inoltre i vari moduli standardizzati. In questo modo il giudice adito potrà decidere ora di ascoltare direttamente i testimoni, le parti e gli esperti, presenti in un altro Stato membro, utilizzando la videoconferenza o altri mezzi di comunicazione a distanza.

Il regolamento entra in vigore il 01. Luglio 2022. L'UE ed i singoli Stati Membri saranno pronti tecnicamente e culturalmente ad adottare in modo efficace le nuove regole? To be continued...

Esperanto missing: Opposizione a Ingiunzione di pagamento europea deve essere proposta nella lingua del foro.

Un intraprendente consumatore italiano, ritenendo di avere un credito residuo nei confronti di un'assicurazione tedesca che gli aveva negato il pieno risarcimento per un danno da incendio di un suo immobile, ha richiesto e ottenuto da un tribunale italiano un'ingiunzione di pagamento europea ai sensi del Regolamento CE 1896/2006. L'avvocato tedesco dell'assicurazione ha proposto opposizione nei termini utilizzando il prescritto modulo "F" compilato e sot-

toscritto, il tutto solo in tedesco. Il tribunale italiano ha ignorato l'opposizione, in quanto non proposta in lingua italiana, e dichiarato l'ingiunzione esecutiva. L'assicurazione ha proposto – senza successo – istanza di riesame e in secondo grado la Corte di Appello di Perugia (sentenza 389/2020) ha confermato la soccombenza dell'assicurazione. Questi strumenti processuali europei possono talvolta essere pericolosi da maneggiare, anche per le assicurazioni. AC

REGOLAMENTO (UE) 2020/1784 sulla notificazione e comunicazione negli Stati membri di atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile

Dal 1.07.2022 entreranno in vigore le nuove disposizioni sulle notifiche tra Stati UE e il regolamento CE 1393/2007 andrà in pensione. Il fine è di garantire maggiore efficienza e velocità nelle notifiche, mediante l'utilizzo tra le Autorità degli Stati mittente e ricevente di un apposito sistema informatico decentrato sicuro e affidabile, impiegando il sigillo elettronico qualificato o la firma elettronica qualificata. Il destinatario potrà rifiutare la notifica entro due settimane, se non comprende la lingua o manca la traduzione nella lingua dello stato di notifica. Rimane possibile la notifica in via diplomatica, consolare o per posta raccomandata AR e diretta. Una timida apertura a una notifica o comunicazione per via elettronica (art. 19), in caso di consenso espresso del destinatario o conferma espressa, e con riserva degli Stati membri di indicare specifiche condizioni supplementari. AC

IMMOBILIENSEITE

Deutschland: Maklerrecht angeglichen

Im Jahr 2020 hat sich die früher unterschiedliche Rechtslage in Deutschland und Italien, wer bei einem Immobilienkauf die Maklerkosten übernehmen muss, angeglichen.

In Deutschland ist es hierfür zu einer Gesetzesreform gekommen. Die am 23.12.2020 neu eingeführten §§ 656 a ff BGB regeln grundsätzlich, dass - wie in Italien seit jeher üblich - der Makler, der den Kauf einer Immobilie vermittelt, von beiden Seiten in gleicher Höhe bezahlt werden muss. Selbst wenn der Makler von nur einer Partei beauftragt wird und der Käufer vertraglich zur Übernahme von Maklerkosten verpflichtet wird, darf dies nur in Höhe von 50 % Maklerkosten erfolgen (§ 656 d BGB). Erstmals ist in Deutschland auch ein Schriftformerfordernis für den Maklervertrag eingeführt worden (§ 656 a BGB), das zu mehr Rechtssicherheit für die Parteien führen wird.

In Italien hat der Kassationshof mit Urteil vom 24.11.2020 (26682/20) den Grundsatz der Kostenteilung gem. Art. 1755 Abs. 1 Codice Civile bekräftigt: In dem entschiedenen Fall hatte der Käufer 8 Monate nachdem ihm die Immobilie von Makler telefonisch angezeigt wurde, ohne Mitwirkung des Maklers einen Kaufvertrag mit dem Verkäufer geschlossen. Der Käufer wendete vor den italienischen Gerichten vergeblich ein, dass sich aus der Vereinbarung zwischen Verkäufer und Makler ergebe, dass allein der Verkäufer die Maklerkosten übernehmen sollte. Der Kassationshof hat die Verurteilung des Käufers zur Zahlung der Maklerkosten bestätigt, da er die Tätigkeit des Maklers (der zudem auf telefonische Anforderung dem Käufer auch die Pläne versandt hatte) für ursächlich für den Kaufabschluss feststellte.

Italien: Aussetzung von Immobilienvollstreckungsverfahren

Mit Fortdauer der Pandemie wurde die Aussetzung von Immobilienvollstreckungsverfahren für weitere sechs Monate bis zum 30.06.2021 verlängert.

Die Aussetzung gilt nur für Vollstreckungsverfahren auf Immobilien, die als Hauptwohnsitz des Schuldners gelten. Weitere Immobilienvollstreckungsverfahren sind von dieser Aussetzung nicht betroffen.

Bonus 110% für Renovierungen

Die italienische nationale Notarkammer hat im März 2021 die Studie Nr. 27-2021/T veröffentlicht, mit der sie ihre eigene Auslegung zu den anzuwendenden Regeln für den 110%-Bonus vorlegt, wobei sie einige praktische Aspekte und kritische Punkte zu den oft restriktiven Auslegungen der Finanzbehörde in ihren Auslegungsdokumenten (insbesondere den Rundschreiben Nr. 24/E und 30/E) anmerkt.

Hier folgt der Link der italienischen Notarkammer mit der obengenannten Studie:

<https://www.notariato.it/sites/default/files/27-2021-T.pdf>.

Zusätzliche Förderung für den Kauf der ersten Wohnung für junge Leute unter 36 Jahren

Um das Land wieder auf die Beine zu stellen, fokussiert sich die Regierung auf Steuererleichterungen für den Kauf eines ersten Eigenheims.

Insbesondere sollen die Kategorien gefördert werden, die am meisten von der Wirtschaftskrise infolge der Pandemie Covid 19 betroffen sind, wozu sicherlich die jüngere Bevölkerung gehört.

Die vorgesehenen Bauförderungen betreffen unter anderem die Befreiung von der Registersteuer (Grundwerbsteuer) sowie von Hypotheken- und Katastersteuern beim Kauf des ersten Hauses für Personen, die in dem Jahr, in dem der Kaufvertrag beurkundet wird, noch nicht 36 Jahre alt geworden sind und deren ISEE (Indicatore della Situazione Economica Equivalente) 30.000 Euro pro Jahr nicht übersteigt. Diese Erleichterungen sind für die Kaufverträge vorgesehen, die im Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten des Dekrets und dem 30. Juni 2022 beurkundet werden. Um in den Genuss der Steuererleichterungen zu kommen, müssen jedoch eine Reihe zusätzlicher Voraussetzungen erfüllt sein; zudem gibt es einige Ausschlüsse und Sonderregelungen bei umsatzsteuerpflichtigen Übertragungen und bei Finanzierungen.

Für diesen Personenkreis wurde auch die staatliche Garantie für die beantragte Finanzierung auf 80 % erhöht, statt der bisher vorgesehenen 50 % für junge Paare.

Aktivierung des Dienstes "Consultazione dei valori immobiliari dichiarati" bei der Agenzia delle Entrate (Finanzamt)

Seit Ende letzten Jahres ist ein nützlicher Service der Steuerbehörde namens „Konsultation der deklarierten Immobilienwerte“ eingerichtet worden, der darauf abzielt, die Digitalisierung und die Transparenz des Immobilienmarktes weiter zu fördern. Der neue Service kann für alle Bürger/Steuerzahler nützlich sein, nicht nur, um ein Haus zu kaufen oder zu verkaufen, sondern auch, um sich gegen eventuelle abweichende Festsetzungen durch die Steuerbehörde zu verteidigen, die sich speziell auf den Wert der deklarierten Immobilie beziehen.

Dies ist eine Plattform, auf der kostenlos und unter Einhaltung des Schutzes der persönlichen Daten, die ab dem 1. Januar 2019 beurkundeten Kaufverträgen von Immobilien deklarierten Werte eingesehen und überprüft werden können.

Durch die Eingabe der Kataster-Identifikationsnummer ermöglicht der Dienst die Ermittlung einer ganzen Reihe von Informationen über die gesuchte Immobilie.

Die Agenzia delle Entrate hat auch einen Leitfaden für diesen Dienst erstellt. der unter folgendem Link abgerufen werden kann:

<https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/it/web/guest/schede/fabbricatiterreni/omi/consultazione-valori-immobiliari-dichiarati>

Deutschland: Neues Wohnungseigentumsgesetz

Am 1. Dezember 2020 ist ein neues Wohnungseigentumsgesetz (WEG) in Kraft getreten. Das „Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften - Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz, WEMoG“, wie das Gesetz mit vollständigem Namen heißt, hat zahlreiche Änderungen zur Folge. Hier die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Alle Arten von Stellplätzen – in Garagen oder auf dem Hof – können zu Sondereigentum erklärt werden. Terrassen und Gartenanteile dürfen künftig mit den entsprechenden Wohnungen ins Sondereigentum übergehen.

- Über alle baulichen Veränderungen des Gemeinschaftseigentums entscheidet die einfache Mehrheit der in der Eigentümerversammlung anwesenden und vertretenen Stimmen. In der Vergangenheit scheiterten vor allem Modernisierungen an den unzureichenden Mehrheiten. Die Kosten tragen grundsätzlich diejenigen, die dafür gestimmt haben. Wenn aber der Beschluss mit Zweidrittelmehrheit gefasst wird, müssen alle Eigentümerinnen und Eigentümer zahlen. Jeder Wohnungseigentümer kann auf seine Kosten sogar bauliche Veränderungen des Gemeinschaftseigentums verlangen, die der Barrierefreiheit, der E-Mobilität, dem Einbruchschutz oder dem Zugang zu schnellem Internet dienen.

- Nach dem neuen WEG hat eine Eigentümergemeinschaft mit mehr als acht Einheiten einen Anspruch auf einen zertifizierten Verwalter. Ab 2022 braucht ein Hausverwalter eine Zertifizierung der Industrie- und Handelskammer (IHK). Nur bei kleinen Gemeinschaften in Eigenverwaltung wird die Zertifizierungspflicht erlassen.

- Verwalter vertreten die WEG gegenüber allen Geschäftspartnern, können nun ohne Beschluss der Eigentümerversammlung Maßnahmen von untergeordneter Bedeutung treffen, die nicht zu erheblichen Verpflichtungen der WEG führen. Sie dürfen nur keine Grundstücksgeschäfte tätigen und keine Kredite aufnehmen.

Verwalter können jederzeit abberufen werden - auch ohne wichtigen Grund. Verwalterverträge enden spätestens 6 Monate nach der Abberufung.

Die WEGs können alle Rechte und Pflichten der Verwalter durch Beschluss einschränken oder erweitern. Der Vorsitzende des Verwaltungsbeirats wird zum Vertreter der WEG gegenüber dem Verwalter.

- Jeder Wohnungseigentümer bekommt ein gesetzliches Recht auf Einsicht in die Verwaltungsunterlagen.

- Nach dem neuen WEG kann ein Eigentümer von der Gemeinschaft aus seiner eigenen Wohnung geworfen werden. Die Wohnungseigentümer sind eine Zwangsgemeinschaft. Benimmt sich einer der Eigentümer dauerhaft störend, kann er von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Sein grundrechtlich geschütztes Eigentumsrecht wird eingeschränkt, wenn er die Eigentumsrechte der anderen schädigt. Verstößt ein Wohnungseigentümer trotz Abmahnungen wiederholt gröblich gegen die Regeln der Wohnungseigentümergeinschaft, so kann ihm sein Eigentum entzogen werden. Er kann also verpflichtet werden, sein Wohneigentum zu verkaufen.

PAGINA IMMOBILIARE

Germania: Armonizzata la legge sugli agenti immobiliari

Nel 2020 la regolamentazione giuridica relativa all'onere delle spese dell'agente immobiliare in caso di acquisto di un immobile, fino ad allora differente in Germania, è stata armonizzata.

In Germania è stata varata una recente riforma legislativa. I nuovi §§ 656 a e ss. BGB (codice civile tedesco) introdotti il 23/12/2020 prevedono sostanzialmente che - come da sempre consueto in Italia - l'agente immobiliare che gestisce la compravendita di un immobile debba essere pagato da entrambe le parti nella stessa misura. Anche se l'agente è incaricato da una sola parte e l'acquirente è contrattualmente obbligato a pagare i costi di intermediazione, egli non può essere tenuto a pagare oltre al 50% dei costi di intermediazione (§ 656 d BGB). Per la prima volta in Germania è stato introdotto anche un requisito di forma scritta per il contratto di intermediazione immobiliare (§ 656 a BGB), che porterà ad una maggiore certezza giuridica per le parti.

In Italia, la Corte di Cassazione ha riaffermato il principio della ripartizione dei costi ai sensi dell'art. 1755 comma 1 Codice Civile con la sentenza del 24/11/2020 n. 26682/20. Nel caso deciso, l'acquirente aveva stipulato un contratto preliminare di acquisto con il venditore, senza il coinvolgimento dell'agente immobiliare, 8 mesi dopo che la proprietà gli era stata indicata dallo stesso agente in via telefonica. L'acquirente aveva obiettato invano davanti ai giudici di merito che dall'accordo tra il venditore e l'agente immobiliare risulterebbe che solo il venditore doveva sostenere le spese dell'agente. La Corte di Cassazione ha confermato la condanna dell'acquirente a pagare le spese del broker, avendo constatato che l'attività dell'agente immobiliare (che su richiesta telefonica aveva anche inviato le piantine all'acquirente) era stata causale per la conclusione della vendita.

Italia: Sospensione procedure esecutive immobiliari

Con il perdurare della situazione dovuta alla pandemia, è stata prorogata per ulteriori sei mesi, fino al 30.06.2021 la sospensione delle procedure esecutive sugli immobili che costituiscono la residenza principale del debitore, restando escluse le procedure sugli altri immobili.

Acquisto prima casa super agevolato per i giovani sotto i 36 anni

Per favorire la ripartenza del Paese ecco che il Governo punta su sgravi fiscali connessi all'acquisto prima casa.

In particolare, si vogliono favorire le categorie maggiormente colpite dalla crisi economica da covid 19, tra le quali sicuramente figura la popolazione più giovane.

Le agevolazioni previste riguardano tra l'altro l'esenzione dall'imposta di registro e dalle imposte ipotecaria e catastale sull'acquisto della prima casa per i soggetti che non hanno ancora compiuto 36 anni di età nell'anno in cui l'atto è rogato e con un ISEE (Indicatore della Situazione Economica Equivalente) non superiore a 30.000 euro annui. Tali agevolazioni sono

previste per gli atti stipulati nel periodo compreso tra la data di entrata in vigore del decreto e il 30 giugno 2022. Per beneficiare dell'agevolazione devono, tuttavia, sussistere una serie di ulteriori requisiti; sono poi previste alcune esclusioni e disposizioni particolari in caso di cessioni soggette a IVA e di finanziamenti erogati per l'acquisto.

Per questa tipologia di persone è stata anche aumentata all'80%, contro il 50% già previsto per le giovani coppie, la garanzia dello stato sui finanziamenti richiesti.

Bonus 110% per ristrutturazioni

Il Consiglio Nazionale del Notariato ha pubblicato nel marzo 2021 lo studio n. 27-2021/T con il quale ha inteso fornire una propria interpretazione su alcuni aspetti delle norme del bonus 110%, indicando alcuni aspetti pratici e spunti critici sulle interpretazioni, spesso restrittive, fornite dall'Agenzia delle Entrate nei propri documenti interpretativi (in particolare le circolari n. 24/E e 30/E).

Riportiamo qui di seguito per comodità il link del Consiglio Nazionale del Notariato:

<https://www.notariato.it/sites/default/files/27-2021-T.pdf>.

Attivo il servizio Consultazione dei valori immobiliari dichiarati presso l'Agenzia delle Entrate

È operativo dalla fine dello scorso anno un servizio utile messo a disposizione dall'Agenzia delle Entrate denominato "Consultazione valori immobiliari dichiarati", finalizzato a continuare il processo di digitalizzazione e trasparenza del mercato immobiliare. Il nuovo servizio messo a disposizione dall'Amministrazione finanziaria, che dovrà essere sicuramente implementato, dovrebbe essere utile a tutti i cittadini/contribuenti non solo che vogliono acquistare o vendere casa, ma anche che vogliono difendersi nei confronti di possibili contestazioni mosse dall'Agenzia delle Entrate, relative, nello specifico, al valore degli immobili dichiarati.

Si tratta di una piattaforma a cui è possibile accedere, gratuitamente e nel pieno rispetto della tutela dei dati personali, per conoscere e controllare i valori dichiarati in atti di compravendita di immobili, stipulati, per il momento, a partire dal 1 gennaio 2019.

Attraverso l'inserimento del numero identificativo catastale dell'unità immobiliare urbana il servizio consente di prendere visione di tutta una serie di informazioni sugli immobili oggetto della ricerca.

L'Agenzia delle Entrate ha predisposto anche una Guida al servizio sul link che riportiamo per comodità qui di seguito:

<https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/it/web/guest/schede/fabbricaterreni/omi/consultazione-valori-immobiliari-dichiarati>

Germania: Nuova legge sul condominio

Il 1° dicembre 2020 è entrata in vigore una nuova legge sul condominio (WEG). La legge "Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften

WEG", così come viene titolata con il suo nome completo, ha portato numerosi cambiamenti per i proprietari di appartamenti in condominio.

Riportiamo qui di seguito una panoramica dei cambiamenti più importanti:

- Tutti i tipi di posti auto - in garage o in cortile - possono essere dichiarati come proprietà privata di singoli condomini. In futuro, le terrazze e le quote di giardino potranno essere trasferite come proprietà privata insieme agli appartamenti corrispondenti.

- Una maggioranza semplice dei voti presenti e rappresentati all'assemblea condominiale può ora deliberare su tutte le modifiche strutturali della proprietà comune. In passato, soprattutto le ristrutturazioni sono state impedita a causa di maggioranze insufficienti. In linea di principio, i costi sono sostenuti da coloro che hanno votato a favore. Tuttavia, se la delibera viene approvata con una maggioranza di due terzi, tutti i proprietari devono pagare. Ogni condomino può anche esigere, a sue spese, modifiche strutturali alla proprietà comune che servano a garantire l'accessibilità, la mobilità elettronica, la protezione contro i furti o l'accesso ad un internet veloce.

- Secondo la nuova WEG, un condominio con più di otto unità ha diritto a un amministratore di condominio certificato. Dal 2022, un amministratore di condominio avrà bisogno di una certificazione dalla Camera di Industria e Commercio (IHK). Solo nel caso di piccoli condomini in autogestione si rinuncia al requisito della certificazione.

- Gli amministratori di condominio rappresentano la WEG nei confronti di tutti i partner commerciali, possono ora prendere provvedimenti di minore importanza, senza una delibera dell'assemblea condominiale, purché essi non portino a obblighi significativi per il condominio. Non sono solo autorizzati ad effettuare transazioni immobiliari o a prendere prestiti.

La revoca dell'amministratore di condominio può avvenire in qualsiasi momento, anche senza una giusta causa. I contratti con l'amministratore terminano al più tardi 6 mesi dopo la revoca.

L'assemblea condominiale può limitare o estendere tutti i diritti e i doveri degli amministratori con delibera. Il presidente del consiglio di condominio diventa il rappresentante del condominio nei confronti dell'amministratore.

- Ogni condomino ha diritto di ispezionare i documenti amministrativi.

- Con la nuova legge sul condominio un condomino può essere escluso dal rapporto di proprietà condominiale. I proprietari di appartamenti in condominio vanno visti come una comunione forzosa. Se uno dei condomini si comporta permanentemente in modo molesto, può essere espulso dal condominio. Il suo diritto di proprietà, tutelato quale diritto fondamentale, può essere limitato se danneggia i diritti di proprietà degli altri condomini. Se un condomino viola ripetutamente e in modo grave il regolamento condominiale, nonostante sia già stato difeso in merito, può essere privato della sua proprietà condominiale. Può quindi essere costretto a vendere la sua proprietà.

GEISTIGES EIGENTUM

Finger weg vom „Gallo Nero“!

Das Weinkonsortium Chianti Classico, Inhaber der bekannten italienischen Kollektivmarke, die einen Schwarzen Hahn darstellt, erhob Einspruch gegen die Eintragung einer Bildmarke, die aus der Abbildung eines Hahns in Verbindung mit dem Wort „Ghisu“ besteht, für Waren der Nizza-Klassifikation Klasse 33 „Alkoholische Getränke [ausgenommen Biere]“. Das Konsortium beanstandete, dass es im Jahr 2014 für die selbe Warenklasse die Eintragung der italienischen Kollektivbildmarke erhalten habe, die genau aus der grafischen Darstellung eines Schwarzen Hahns in Verbindung mit den Worten „Chianti Classico seit 1716“ bestehe. Dieses unverwechselbare Zeichen, das vom Weinkonsortium Chianti Classico nicht zufällig gewählt wurde, geht auf eine toskanische Legende des Chianti-Gebietes zurück, steht seit Jahren für Qualität und ist seit 2005 ausschließlich mit der DOCG (kontrollierten und garantierten Herkunftsbezeichnung) CHIANTI CLASSICO verbunden, wie es auch Art. 7 der entsprechenden Produktionsvorschrift bestimmt.

Mit Urteil der 10. Kammer des Gerichts der Europäischen Union vom 14. April 2021 in der Rechtsache T-201/20 bestätigte das Gericht, dass die Benutzung eines mit dem Schwarzen Hahn verwechselbaren Zeichens eine erhebliche Gefahr des ungerechtfertigten Vorteils und der Ausnutzung „des hohen Grades an Bekanntheit, Prestige und Exzellenz, den die Marke verkörpert“, darstellt. Da es sich bei der Marke des „Gallo Nero“ um eine bekannte Marke handelt, hat das Gericht außerdem darauf hingewiesen, dass die Tatsache, dass die beantragte Marke den normal informierten und angemessen aufmerksamen und sorgfältigen Durchschnittsverbraucher an den „Gallo Nero“ erinnert, das Bestehen einer hinreichenden Verwechslungsgefahr zwischen den Marken und die Gefahr einer unlauteren Ausnutzung begründet, die nach Artikel 8 Absatz 5 UMV (Unionsmarkenverordnung), der bekannte Marken schützt, schutzwürdig ist.

Das Gericht bestätigte, dass der Schwarze Hahn als einzigartiges Symbol des Chianti Classico DOCG-Weins, als Zeichen für Exzellenz gilt und daher geschützt werden muss.

Der Einsatz der Blockchain-Technologie für den Schutz von Made in Italy-Produkten

Die Blockchain-Technologie entwickelt sich rasant weltweit durch ihre Eigenschaften der Dezentralisierung, Zuverlässigkeit und Sicherheit, die eine Veränderung der darin gespeicherten Daten nicht zulassen. Sie wurde im Jahr 2008 mit dem Bitcoin entwickelt, wird inzwischen in vielen Bereichen eingesetzt und ist zu einem wirksamen Mittel zum Schutz gegen Fälschungen von Made in Italy-Produkten geworden.

Das „Made in Italy“ steht auf der ganzen Welt für Kreativität, hohe Qualität und auch für die Einzigartigkeit italienischer Produkte, die sich durch eine

perfekte Verbindung von Innovation und Tradition, bekannten Geschmackserlebnissen und modernen Produktionsmethoden auszeichnen, nicht nur im Agrar- und Lebensmittelbereich, sondern auch bei Textil-, Bekleidungs- und Lederwaren aller Art.

Eines der Hauptmerkmale der Blockchain-Technologie ist, dass sie die Möglichkeit bietet, eine unendliche Anzahl von Daten in einer Datei oder in einer Reihe von miteinander verbundenen Dateien aufzuzeichnen, die es ermöglichen, die gesamte Kette des Produkts zu verfolgen, zu identifizieren und auch zu überprüfen, ob die im Vorfeld bestätigte Marke mit der ursprünglichen übereinstimmt. Dabei handelt es sich um ein sicheres, unveränderbares, nachvollziehbares und kostengünstiges Registrierungssystem. Durch die Blockchain-Technologie kann der Hersteller die Qualität, Herkunft, Ethik und Nachhaltigkeit des Produkts in allen Produktionsstufen nachverfolgen und nachweisen. Durch einfaches Einscannen des QR-Codes auf der Verpackung kann der Verbraucher dann die Produktgeschichte erkennen und in Echtzeit Zugriff auf Informationen über den aktuellen Stand des Produkts über die Website nehmen. Kann dies das Phänomen des Italian Sounding verhindern und die Fälle von Fälschungen einschränken?

Die Blockchain-Technologie kann auch eine gute Möglichkeit sein, kreative urheberrechtlich geschützte Werke, Marken, Know-how und vieles mehr zu schützen. Wenn Sie Ihre Rechte am geistigen Eigentum innovativ schützen wollen, mit einer Registrierung auf der Blockchain-Technologie, setzen Sie sich bitte in Verbindung mit unserem Team von Experten im Bereich des geistigen Eigentums.

007 trifft ins Schwarze!

Die Registrierung von Hörmarken kann manchmal eine mission impossible sein. Im Dezember 2019 beschloss das US-Unternehmen, das die kommerziellen Urheberrechte am weltberühmten James-Bond-Soundtrack besitzt, diesen Sound als Hörmarke beim EUIPO registrieren zu lassen. Der Prüfer wies die Eintragung gemäß Art. 7 (1) (b) UMV wegen fehlender Unterscheidungskraft mit der Begründung zurück, dass 25 Sekunden Sound zu lang seien, um sich beim Publikum einzuprägen.

Der Kläger legte gegen die Entscheidung Beschwerde ein und wies darauf hin, dass es sich bei den Klassen 3, 9, 14, 16, 18, 21, 25, 28, 32, 33 und 34, für die er die Anmeldung eingereicht hatte, um solche handele, die sich auf typische Film- und Unterhaltungsprodukte (Schmuck, Kleidung usw.) bezögen und daher an der öffentlichen Wahrnehmung von Hörmarken Teil hätten, die mit dem Film oder der Filmreihe, auf die sie sich bezögen, verbunden seien.

Das Gericht hob in seiner Entscheidung vom 12.03.2021 in der Sache R 1996/2020-5 die Entscheidung des Amtes auf und bestätigte, dass das fragliche Hörzeichen geeignet ist, auf die betriebliche

Sonderangebot!

50 % Nachlass auf Gebühren für EU-Marken und Designs bis September 2021

Das Europäische Amt für Geistiges Eigentum bietet insgesamt bis zu 1.500 Euro Zuschuss für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zur Beratung über und Anmeldung von geistigen Eigentumsrechten.

Das EUIPO gibt dabei KMU 50 % Nachlass auf Anmeldegebühren (Grundgebühren) für Marken und Geschmacksmuster (Designs).

- Für eine Markenmeldung zahlen Sie statt 850 Euro nur 425 Euro.

- Für ein Geschmacksmuster (Design) zahlen Sie statt 230 Euro nur 115 Euro, für mehrere Geschmacksmusteranmeldungen erstattet das EUIPO bis zu 1.500 Euro.

Die Voraussetzungen sind etwas tricky und Förderung funktioniert nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ – zögern Sie also nicht sondern stellen Sie so schnell wie möglich Ihren Förderantrag.

Unsere Kanzlei berät im Marken- und Designrecht in deutscher, italienischer, englischer sowie französischer Sprache durch Rechtsanwältinnen Lan Nguyen-Gatti, Avvocato Angela Bonacina und Rechtsanwalt Bruno Bauer

Herkunft der Waren, für die die Eintragung beantragt wird, hinzuweisen, und dass es von den maßgeblichen Verkehrskreisen mit Sicherheit als unterscheidungskräftig in Bezug auf die Merchandising-Produkte, für die der Schutz beantragt wird, wahrgenommen wird. Der berühmte Sound von 007 ist nun auch eine eingetragene Hörmarke in der Europäischen Union und Sie können ihn unter folgendem Link anhören: <https://euipo.europa.eu/eSearch/#details/trademarks/01816897>

SCHADEN & RECHT

Zuständigkeit des deutschen Gerichts bei Fehldiagnose des deutschen Arztes

Stellt der deutsche Arzt eine falsche Diagnose aus und stirbt der Patient daraufhin in Italien, so ist nicht nur das deutsche Gericht für die Schadensersatzsprüche der Erben zuständig; da der Arzt die charakteristische Leistung im Arztvertrag erbracht hat, ist auch das deutsche Recht auf den Anspruch der Erben anzuwenden. Das ist oft keine gute Nachricht für die Hinterbliebenen, die dadurch erhebliche Nachteile erleiden, da das deutsche Recht im Bereich des immateriellen Schadensersatz weitaus restriktiver ist als das italienische (Kassationshof vom 26. November 2020, 26986/20).

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Offerta speciale/sale!

50 % di sconto per marchi e modelli e disegni dell'UE fino a settembre 2021

L'Ufficio dell'Unione europea per la proprietà intellettuale EUIPO offre un voucher fino a 1.500 euro per le piccole e medie imprese (PMI) per la consulenza e il deposito dei diritti di proprietà intellettuale.

L'EUIPO offre alle PMI uno sconto del 50% sulle tasse di base per i marchi e i disegni.

- Per una domanda di marchio si paga solo 425 euro invece di 850 euro.

- Per un modello o disegno industriale si paga solo 115 euro invece di 230 euro (singolo), per più depositi il EUIPO rimborsa fino a 1.500 euro.

I requisiti sono un po' intricati e il finanziamento funziona su una base "primo arrivato, primo servito" - quindi non esitate ma fate domanda di finanziamento il prima possibile.

Il nostro studio legale fornisce consulenza in diritto di marchi e modelli e disegni in lingua tedesca, italiana, inglese e francese attraverso Rechtsanwältinnen Lan Nguyen-Gatti, l'avvocato Angela Bonacina e Rechtsanwalt Bruno Bauer.

Il gallo nero non si tocca

Il Consorzio vino Chianti Classico, titolare del noto marchio collettivo italiano raffigurante un gallo nero, si è opposto alla registrazione di un marchio figurativo costituito dall'immagine di un "Gallo" accompagnato dalla denominazione della parola "Ghisu", per prodotti rientranti nella Classe di Nizza 33 "bevande alcoliche (escluse le birre)". Il Consorzio eccepiva di aver ottenuto, nel 2014, per la medesima classe merceologica, la registrazione del marchio figurativo collettivo italiano costituito proprio dalla rappresentazione grafica di un "Gallo Nero" accompagnato dall'indicazione delle parole "Chianti Classico dal 1716". Tale segno distintivo, scelto non a caso dal Consorzio vino Chianti Classico, deriva da una leggenda toscana del territorio del Chianti e rappresenta da anni un simbolo di qualità, eccellenza e dal 2005 è associato in via esclusiva alla DOCG CHIANTI CLASSICO, come previsto anche dall'art. 7 del relativo disciplinare di produzione.

Con la sentenza emessa dalla decima sezione del Tribunale dell'Unione Europea il 14 aprile 2021, nella causa T-201/20, la Corte ha confermato che l'utilizzo di un segno confondibile con il Gallo Nero rappresenta un grave rischio di indebito vantaggio e sfruttamento «della elevata notorietà, del prestigio e dell'eccellenza proiettata dal marchio». Inoltre, essendo il marchio del Gallo Nero un marchio che gode di

notorietà, la Corte ha ricordato che il fatto che il marchio richiesto evochi il marchio notorio nella mente del consumatore medio, normalmente informato e ragionevolmente attento ed avveduto, equivale all'esistenza di un ragionevole rischio di confusione tra i marchi e un rischio di indebito vantaggio meritevole di difesa ai sensi dell'art. 8, paragrafo 5, RMUE, che tutela il marchio di rinomanza.

La Corte ha quindi confermato che il Gallo Nero, simbolo univoco del vino DOCG Chianti Classico, è un simbolo di eccellenza e deve essere protetto. AB

L'utilizzo della tecnologia Blockchain per la protezione del prodotto Made in Italy

La tecnologia Blockchain si sta sviluppando molto dinamicamente in tutto il mondo grazie alle sue proprietà di decentralizzazione, affidabilità e sicurezza che non permettono la modificazione dei dati ivi registrati. Nata nel 2008 con il bitcoin, attualmente si è espansa in moltissimi ambiti, arrivando ad identificare un valido mezzo per la tutela contro la contraffazione dei prodotti Made in Italy.

Il "Made in Italy" nel mondo è sinonimo di creatività, di elevata qualità, ma anche di unicità dei prodotti italiani, che si distinguono per essere una perfetta combinazione fra innovazione e tradizione, sapori antichi e metodi di produzione all'avanguardia, non solo nel settore agrifood, ma anche nel settore del tessile, dell'abbigliamento e della pelletteria di ogni genere.

Una delle principali caratteristiche della blockchain è quella di fornire la possibilità di registrare un numero infinito di dati in un file o in una serie di file concatenati tra loro che consentono di seguire ed identificare tutta la filiera del prodotto e di verificare anche se il marchio validato a monte sia conforme a quello originale. È un sistema di registrazione sicuro, immutabile, tracciabile e a costi contenuti. Tramite tecnologia blockchain il produttore può tracciare e attestare qualità, origine, etica e sostenibilità del prodotto in tutte le sue fasi di produzione. Semplicemente inquadrando il QR Code sulla confezione, il consumatore può quindi conoscere la storia del prodotto ma anche avere accesso in tempo reale alle informazioni sullo stato attuale del prodotto attraverso il sito web. Potrà questo porre rimedio al fenomeno dell'Italian Sounding e limitare i casi di contraffazione?

La tecnologia blockchain può essere un buon mezzo anche per proteggere opere creative, protette dal diritto d'autore, marchi, know how e molto altro. Se desiderate proteggere i vostri diritti IP in modo innovativo, con registrazione su tecnologia blockchain, non esitate a contattare il nostro team di esperti IP."

L'agente 007 colpisce ancora!

La registrazione di marchi sonori a volte può essere una missione impossibile. A dicembre 2019 la

società statunitense proprietaria dei diritti commerciali legati al famosissimo Soundtrack di James Bond decise di registrare questo sound come marchio sonoro presso l'Ufficio EUIPO. L'esaminatore rifiutò la registrazione ai sensi dell'Art. 7(1)(b) RMUE, per carenza di distintività, asserendo che 25 secondi di sound erano troppo lunghi per essere ricordati dal pubblico.

Il richiedente ha fatto appello alla decisione sottolineando come le classi 3, 9, 14, 16, 18, 21, 25, 28, 32, 33, 34 per le quali aveva depositato la richiesta, sono quelle legate a prodotti tipici del cinema e dell'intrattenimento (gioielli, abbigliamento ecc.) e quindi partecipano alla percezione del pubblico dei marchi sonori relativi al film o alla serie di film a cui sono legati.

La V Corte d'Appello, con pronuncia del 12.03.2021 nella causa R 1996/2020-5, ha annullato la decisione dell'ufficio e ha confermato che il segno sonoro in questione, è capace di indicare l'origine commerciale dei prodotti per i quali si chiede la registrazione richiesta e che sicuramente viene percepito dal pubblico di riferimento come distintivo in relazione ai prodotti di merchandising per i quali si richiede la protezione. Il famosissimo sound di 007 è ora anche un marchio sonoro registrato nell'Unione Europea e potete ascoltarlo al seguente link:

<https://euipo.europa.eu/eSearch/#details/trade-marks/018168977> AB

DANNO E DIRITTO

Competenza del tribunale tedesco in caso di diagnosi errata da parte del medico tedesco

Se il medico tedesco fa una diagnosi errata e il paziente muore poi in Italia, sussiste non solo la competenza del giudice tedesco ma trova altresì applicazione il diritto tedesco, posto che il medico ha fornito la prestazione caratteristica su base contrattuale. Questo spesso non è una buona notizia per gli eredi, che ne subiscono notevoli svantaggi, poiché la legge tedesca è molto più restrittiva rispetto a quella italiana in materia (Cassazione del 26 novembre 2020, 26986/20).

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

KOLLEKTIVKLAGEN

Dieselgate und kein Ende

Wie im Mandantenbrief bereits berichtet, führt unsere Kanzlei wegen dem sogenannten „Schummeldiesel“ eine der sehr seltenen Musterfeststellungsverfahren nach deutschem Recht vor dem Oberlandesgericht Braunschweig (4 MK 1/20) gegen die Volkswagen AG. Klägerin ist die Verbraucherzentrale Südtirol, die für die vielen italienischen Verbraucher klagt, die im Gegensatz zu den deutschen VW-Käufern bislang größtenteils leer ausgegangen sind. In Italien ist vor dem Landgericht Venedig eine Kollektivklage gegen Volkswagen anhängig, der sich 70.000 Verbraucher angeschlossen haben sollen. Eine Entscheidung liegt aber auch hier noch nicht vor.

Während das deutsche Recht für deutsche Verbraucher nunmehr rechtskräftig festgestellt hat, dass die Vertreter von Volkswagen betrügerisch vorgegangen sind und daher alle deutschen Käufer entschädigt werden müssen, lassen Entscheidungen für die anderen EU-Verbraucher (mit Ausnahme von Spanien) noch auf sich warten.

Es wäre sicher wünschenswert, wenn ein weltweiter Skandal zumindest im Bereich der Europäischen Union nach demselben Recht entschieden werden könnte.

Daimler

In Deutschland bahnt sich eine weitere Prozesswelle gegen die Daimler AG an (es sind schon mehrere 1000 Klagen anhängig), die vielleicht zu einer weiteren Kollektivklage führen wird. Hintergrund ist, dass das Kraftfahrtbundesamt im Jahr 2018 und im Jahr 2019 aufgrund nicht zugelassener Abschaltvorrichtungen Rückrufbescheide gegen die Daimler AG erlassen hat. Im Gegensatz zum Volkswagenkonzern hat Daimler bislang die Manipulationen nicht eingeräumt, die aber nach Auffassung der deutschen Behörde beim einem normalen Fahrbetrieb zu einem höheren Stickstoffausstoß führt als im Testbetrieb. Einige Oberlandesgerichte (OLG Köln, OLG Naumburg) haben Daimler AG zur Rückabwicklung des Kaufvertrages bereits verurteilt.

Von der Rückrufaktion sind europaweit 1.400.000 Modelle betroffen. Schwieriger als im VW Fall ist die Zuordnung des betroffenen Motors zu einem bestimmten Modell.

Neue italienische class action in Kraft getreten

Der Mandantenbrief hatte über die neue italienische Kollektivklage berichtet, deren Inkrafttreten immer wieder hinausgezögert wurde. Am 19.5.2021 war es dann soweit; sie ist offiziell in Kraft (Gesetzesdekret 137/20); das Ministerium hat aber nicht rechtzeitig das Register eingerichtet, in dem sich klagebefugte Einrichtungen eintragen können. Es kann also noch nicht losgehen.

Wir erinnern daran, dass die neue Kollektivklage in Italien allen offensteht, nicht nur Verbrauchern. So kann in Zukunft eine Gruppe von Vertriebshändlern gegen den Hersteller, oder eine Gruppe von Handelsvertretern gegen den Prinzipal klagen. Eine von den Unternehmen wohl zurecht kritisierte Besonderheit liegt darin, dass sich die Angehörigen der Gruppe auch nach einer Entscheidung des Gerichts dem Verfahren (also absolut risikolos) anschließen können.

AZIONI COLLETTIVE

Dieselgate senza fine

Come già riportato nella nostra lettera ai clienti, il nostro studio sta conducendo uno dei rarissimi procedimenti di accertamento collettivo previsti dalla legge tedesca davanti alla Corte d'Appello di Braunschweig (4 MK 1/20) contro Volkswagen AG a causa del "Dieselgate". L'attrice in tale procedimento è il Centro consumatori dell'Alto Adige che agisce per conto dei consumatori italiani i quali, a differenza degli acquirenti tedeschi di VW, sono finora rimasti a mani vuote. In Italia è pendente un'azione collettiva contro la Volkswagen presso il Tribunale di Venezia, alla quale hanno aderito 70.000 consumatori. Tuttavia, anche in questo caso non è ancora stata presa una decisione.

Per i consumatori tedeschi è stato stabilito in via definitiva che i rappresentanti della Volkswagen abbiano agito in modo fraudolento e che tutti gli acquirenti tedeschi debbano quindi essere risarciti ai sensi della legge tedesca. Per gli altri consumatori dell'UE (ad eccezione della Spagna) invece, siamo ancora in attesa di decisioni.

Sarebbe sicuramente auspicabile che uno scandalo mondiale come questo venisse deciso secondo la stessa legge, almeno all'interno dell'Unione Europea.

Daimler

In Germania sta per profilarsi un'altra raffica di cause contro Daimler AG (ci sono già diverse migliaia di cause in corso), che potrebbe portare ad una nuova azione collettiva. Nel corso del 2018 e del 2019 l'autorità federale dei trasporti aveva disposto dei richiami contro Daimler AG a causa di dispositivi illegittimi. A differenza del gruppo Volkswagen, Daimler non ha finora ammesso la manipolazione che, secondo l'autorità tedesca, porta ad emissioni di azoto più elevate durante un funzionamento di guida normale rispetto al funzionamento in prova. Alcune Corti di Appello (OLG di Colonia, OLG di Naumburg) hanno già condannato Daimler AG alla rescissione del contratto di acquisto.

Il richiamo riguarda 1.400.000 modelli in tutta Europa. Rispetto alla vicenda VW è più difficile abbinare il motore incriminato al modello di autovettura.

Entra in vigore la nuova class action italiana

La lettera ai clienti aveva riferito della nuova azione collettiva italiana, la cui entrata in vigore era stata posticipata più volte. Il 19/5/2021 è finalmente arrivato il momento, il nuovo strumento di tutela collettiva è ufficialmente in vigore (Decreto Legislativo 137/20). Tuttavia, il Ministero non ha ancora istituito il registro per gli enti legittimati ad agire in giudizio, pertanto bisognerà attendere ancora.

Ricordiamo inoltre che in Italia la nuova azione collettiva è aperta a tutti, non solo ai consumatori. Questo significa ad esempio, che in futuro, un gruppo di distributori potrà fare causa al produttore o un gruppo di agenti commerciali potrà fare causa al committente. Una caratteristica speciale, forse giustamente criticata dalle aziende, è quella della possibilità di aderenza di altri membri della categoria coinvolta, anche in seguito alla decisione del Tribunale (quindi la possibilità di un'aderenza senza alcun rischio).

DOLCE · LAUDA
RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main

Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano

Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena

Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlmo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart

Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München

Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari

Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlba@dolce.it